

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 407:  
Helmut Heiber  
„Adolf Hitler“

HERMANN ACHMINOW

## Die neue „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“

Die Kommunisten haben ein besonderes Verhältnis zur Geschichte. Sie erheben den Anspruch, die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung erkannt zu haben und imstande zu sein, den Gang der Geschichte bewußt zu lenken. Dementsprechend spielen sowohl die Geschichtsforschung als auch die Geschichtsschreibung in ihren Augen eine andere Rolle als im Westen.

Die Geschichtsforschung dient dort nicht so sehr der Erkenntnis, wie es „damals“ wirklich war, sondern der Beantwortung der Frage, was man aus der Vergangenheit l e r n e n kann. Und auch das Ziel der Geschichtsschreibung ist nicht wie im Westen Berichterstattung darüber, was wirklich geschah, sondern die Anweisung an alle Kommunisten, wie sie h e u t e in entsprechenden Situationen handeln sollen.

Dementsprechend ist es eigentlich falsch, die sowjetische Geschichtsschreibung als eine einfache Fälschung der Geschichte anzusehen. Gewiß kommt es dem kommunistischen Geschichtsschreiber nicht darauf an, gegebenenfalls auch glatte Lügen zu bringen, wenn es darum geht, die Vergangenheit in ein bestimmtes Licht zu setzen. Meistens handelt es sich jedoch um eine zielbezogene Auswahl von Tatsachen und Situationen, wobei als Kriterium immer die Nützlichkeit ihrer Kenntnis vom Standpunkt der g e g e n w ä r t i g e n Entscheidungen, der g e g e n w ä r t i g e n Probleme, der g e g e n w ä r t i g e n Schwierigkeiten gilt. Diese genaue Zielbezogenheit der Geschichtsschreibung bringt es mit sich, daß einzelne Tatsachen oft viel richtiger geschildert werden als man es im Westen im allgemeinen annimmt; mit manchmal brutaler Offenheit, getreu dem Grundsatz: um Erfolg zu haben, muß man die Lage richtig sehen und beurteilen.

Diese Eigenschaften der sowjetischen Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung kann man mit besonderer Deutlichkeit an Hand der neuesten „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ studieren, die vor kurzem in Moskau in Millionenaufgabe erschienen ist und als ein Lehrbuch der Parteigeschichte dienen soll. Die Veröffentlichung muß als ein wichtiges Ereignis im politischen Leben des Welt-

kommunismus bewertet werden, eben weil sie eine Anweisung an die Kommunisten in der ganzen Welt ist, wie sie sich in verschiedenen Situationen zu verhalten haben, also eine ausgesprochene politische Maßnahme. Die Bedeutung dieser Maßnahme wird durch die Tatsache betont, daß das neue Lehrbuch der Parteigeschichte die erste sowjetische Publikation dieser Art seit 1938 ist. Damals wurde unter der persönlichen Regie von Stalin der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)“ veröffentlicht und diente den Kommunisten der ganzen Welt im Laufe von 20 Jahren als das unbedingt gültige Kriterium aller Entscheidungen.

Das neue Lehrbuch kam weniger feierlich auf die Welt als der alte „Kurze Lehrgang“. Es ist nicht von einer geheimnisvollen „Kommission des Zentralkomitees“, sondern von einem Autorenkollektiv geschrieben, dessen Mitglieder namentlich erwähnt wurden. An der Spitze steht das Korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Boris Ponomarjow, der, nebenbei bemerkt, auch den Posten des Leiters der Abteilung für die Beziehungen zu den ausländischen kommunistischen Parteien bekleidet. Das Ergebnis der Arbeit dieses sehr zielbewußt geführten Kollektivs ist eine Parteigeschichte, die zwar den westlichen Begriffen von der akademischen Leistung nicht entspricht, dafür aber eine politische Maßnahme ersten Ranges bildet, denn das neue Lehrbuch soll wiederum für alle Kommunisten eine „Anleitung zum Handeln“ sein.

Da es sich also um eine rein politische Maßnahme handelt, hat man auf die Herausgabe des neuen Lehrbuches, das bereits seit 1946 angekündigt war, hüben und drüben mit Spannung gewartet. Drüben, weil die Kommunisten neue Anweisungen brauchten. Es ist ja wirklich nicht leicht, die Parteischulung auf Grund eines zwanzig Jahre alten Buches gestalten zu müssen, das nicht immer bequem war. Im Westen dagegen war man auf die Kurven in der Parteilinie der letzten Jahre gespannt, vor allem auf das neue Stalin-Bild, von dem man auf die Frage „Ent- oder Restalinisierung“? Antwort erwartete.

## Re- oder Entstalinisierung?

Die Sensation blieb — zumindest in diesem Punkt — aus. Das neue Stalinbild verrät weder eine Re- noch eine weitere Entstalinisierung, sondern bringt höchstens einen neuen Zug in das inzwischen bekannte Bild der Chruschtschowschen Taktik.

Stalin tritt zum ersten Mal auf als Delegierter des Vierten Parteitages, der 1906 in Stockholm stattfand und auf dem die zeitweilige Vereinigung der Bolschewiki und Menschewiki erfolgte. Dort habe er, laut Lehrbuch, im großen und ganzen die bolschewistische Linie eingehalten, nur in einem Punkt habe er gegen Lenin gestimmt. Lenin habe Stalins Ansicht in der strittigen Sache als „falsch, aber nicht schädlich“ bezeichnet. Damit liegt der Grundton der gesamten Behandlung Stalins fest: er war ein Bolschewik — zwar konnte er sich irren, aber seine Fehler waren „nicht schädlich“.

Nach diesem Auftakt können die Autoren die zweite Hürde schon etwas leichter nehmen: die Interpretation des bekannten Lenin-Testamentes, in dem Lenin 1923 ausdrücklich den Rücktritt Stalins vom Posten des Generalsekretärs der Partei gefordert hat. Viel einfacher wäre es natürlich gewesen, das Testament einfach zu verschweigen. Doch das war nicht gut möglich, weil es 1956 in der parteiamtlichen Zeitschrift „Kommunist“ und später in den gesammelten Werken Lenins veröffentlicht worden war.

Hier zeigen die Autoren wiederum ein Kunststück der taktischen Wendigkeit. Bekanntlich hatte Lenin in seinem Testament über die inzwischen längst „liquidierten“ Gegner Stalins, Sinowjew, Kamenjew und Trotzki geschrieben, die Fehler (vom bolschewistischen Standpunkt aus gesehen), die sie vor der Revolution gemacht hätten, seien nicht zufällig geschehen, hatte dann aber ausdrücklich hinzugefügt: „Das kann ihnen jedoch nicht als Schuld angerechnet werden.“ Das neue Lehrbuch gibt diese Worte als die Feststellung wieder, Lenin habe die Partei vor den drei Opponenten gewarnt, indem er an ihr Verhalten — und dieser Stil ist für die ganze Berichterstattung charakteristisch — vor der Revolution erinnert habe. Lenin hat ja wirklich an die „Fehler“ der Großen von damals erinnert, wenn auch mit genau entgegengesetztem Ziel.

Nach solchen Vorbereitungen läßt sich dann auch die These aufstellen, Lenin habe seine späteren Nachfolger, abgesehen von deren schlechtem Charakter, sehr hoch eingeschätzt. Und so habe der XIII. Parteitag beschlossen, Stalin auf seine Fehler hinzuweisen, ihn aber im übrigen auf seinem Posten zu belassen. Sein Standpunkt möge zwar fehlerhaft

gewesen sein, aber nicht schädlich, während der Gegner falsch und schädlich war.

Das neu hergestellte Stalin-Bild ist gut durchdacht. Es stellt ein unersetzbares Werkzeug für die Gestaltung der gegenwärtigen Politik dar und dient sozusagen als Brücke von Wladimir Lenin zu Nikita Chruschtschow, denn indem es den Mythos von Stalins (nicht aber von Lenins!) Unfehlbarkeit zerstört, bringt es den jetzigen Diktator dem großen Stalin näher; die Halbrehabilitation des blutrünstigen Diktators dagegen sichert die Kontinuität der Parteigeschichte und macht Chruschtschow zum gesetzlichen Erben nicht nur Stalins, sondern auch Lenins.

Wenn man das neue Stalin-Bild zum zweiten Mal betrachtet, so wird klar, daß das einzige, was man Stalin wirklich vorwirft, die „Liquidierung“ der ihm unliebsamen Parteiführer — aber auch nur der Parteiführer — ist, obwohl auch hier ein Teil der Schuld Berija zugeschoben wird. Das Buch nennt ihn einen Abenteurer, der Stalins Charakterschwächen schändlich mißbraucht habe.

Was Stalins Verbrechen am Volk angeht — die Verbannung und die physische Vernichtung von Millionen einfacher Menschen —, so heißt es darüber wörtlich:

*„Die Fehler und Mängel des Persönlichkeitskultes konnten . . . entgegen den lügnerischen Erfindungen der Feinde des Sozialismus, den tiefdemokratischen . . . Charakter des Sowjetsystems nicht ändern und haben ihn nicht geändert. Die Politik, die die Partei geführt hat, war richtig, sie drückte die Interessen des Volkes aus.“*

Damit das neue Stalin-Bild vollständig ist, sei noch erwähnt, daß Stalins „Kurzer Lehrgang“ bei der Beschreibung der Ereignisse des Jahres 1938 und der Maßnahmen der Parteiführung zur Förderung der politischen Schulung sehr lobend erwähnt wird; offensichtlich wiederum in der Absicht, die Kontinuität der Geschichtsschreibung und somit der Parteigeschichte zu betonen. Eine radikale „Entstalinisierung“ blieb also völlig aus.

Und doch — trotz der offensichtlichen Bemühungen der Verfasser, die Kontinuität der Politik und des Denkens zu wahren, trotz der Wiederholung vieler Postulate wäre es falsch von einer einfachen Wiederholung und Ausdehnung der alten Vorstellung zu sprechen. Der Unterschied besteht nicht darin, daß Stalin in dem neuen Lehrbuch nicht mehr so verherrlicht wird wie in dem alten und auch nicht darin, daß es eine Spanne von 20 Jahren mehr umfaßt. Die neuen Gedanken und die neuen Akzente findet man — zusätzlich zu den alten — vor allem in den ersten Kapiteln die der gleichen Periode gewidmet sind wie Stalins „Kurzer Lehrgang“.

## Analyse der Kampfmethoden in einer nichtkommunistischen Gesellschaft

Das neue Lehrbuch ist doppelt so umfangreich wie das alte. Merkwürdigerweise widmet es der Zeit bis 1938 150 Seiten mehr, obwohl man mit wachsender zeitlicher Entfernung ein geringeres Interesse hätte erwarten können. Das kommt nicht von ungefähr. Das Charakteristikum der Neuauflage besteht darin, daß der Analyse der Kampfmethoden in einer nichtkommunistischen Gesellschaft, mit anderen Worten dem Kampf um die kommunistische Weltrevolution, viel größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der „Kurze Lehrgang“ hatte sich dagegen in erster Linie mit innenpolitischen Problemen befaßt.

Bei der Betrachtung dieser Situation beschäftigt sich das neue Lehrbuch durchaus eingehend mit den herkömmlichen Theorien von der Partei als einer Gemeinschaft von Menschen, die die Lehre des Marxismus-Leninismus bedingungslos bejahen; von der Gemeinschaft der Berufsrevolutionäre; von dem straffen Aufbau der Partei; von dem Parteiapparat als dem Kern der Partei und der strengen Auslese der Parteimitglieder. Es werden jedoch — der neuen Zielsetzung entsprechend — zusätzlich zu den bereits bekannten, neue Kampfmethoden empfoh-

len. So wird vor allem ein neues Ideal des Parteimitgliedes vorgestellt, zu dessen Beschreibung man ein wenig bekanntes Lenin-Zitat bemüht:

*„Das Ideal des Bolschewiken muß nicht etwa ein Gewerkschaftsfunktionär sein, sondern ein Volkstribun . . . oder seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen allen darlegen, der die weltgeschichtliche Bedeutung des Befreiungskampfes allen und je dem klar machen soll.“*

Das ist eine spürbare Verlagerung der Akzente. Früher glaubten die Kommunisten, vor allem, ja fast ausschließlich an Arbeiter appellieren zu können. Jetzt stellen sie den Appell „an alle“ in den Vordergrund. Die Erfahrungen haben sie gelehrt, daß sie mit einer organisierten Arbeiterschaft nicht fertig werden. Chruschtschow mußte sowohl 1956 in England als auch 1959 in den USA erleben, daß ihm gerade die Arbeiterführer die Stirn bieten. Aber er hat auch gesehen, daß man Bauern durchaus vor den kommunistischen Karren spannen kann, wie es die russischen und die chinesischen Kommunisten in den Bürgerkriegen ja auch getan haben. Und vor allem konnte er feststel-

len, daß sich einzelne Vertreter des Bürgertums von der Machtfülle faszinieren und zu Mitläufern des Kommunismus machen lassen, wovon die Pilger zu Chruschtschow oder gar zu Ulbricht anschauliches Zeugnis ablegen.

Die neue Linie ist der Ausdruck dieser Erfahrungen. Als ihr erster Aspekt fällt, wie bereits angedeutet, die neue Einschätzung der Arbeiterschaft auf. Es wird — in Weiterentwicklung des von Lenin bereits 1902 geäußerten Zweifels daran, daß die Arbeiterschaft unbedingt „spontan den Weg des Kommunismus“ gehen muß — hervorgehoben:

„Das Proletariat ist nicht einheitlich. Es enthält Schichten, die sich nach dem Niveau des Bewußtseins und nach der Lebenserfahrung voneinander unterscheiden. Mehr noch — die Reihen der Arbeiterklasse werden unter den Bedingungen des Kapitalismus ständig durch Menschen ergänzt, die sich aus den ruinierten Bauern und kleinen Handwerkern rekrutieren“.

## Neue Strategie und Taktik im Kampf um Macht

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Arbeiterschaft den Kommunisten kaum eine ausreichende Unterstützung bieten wird und daß man mit einer spontanen Revolution der unterdrückten Massen nicht rechnen kann, weil es nämlich diese unterdrückten Massen gar nicht gibt, wird dann eine in vielen Punkten neue Strategie und Taktik des Kampfes um die Macht entwickelt.

Das erste Prinzip ist die Forderung, alle möglichen Mittel der Machtergreifung auszunützen und sich nicht an die Theorie zu klammern, nur ein Volksaufstand könne die Kommunisten an die Macht bringen.

In Anlehnung an die vom 20. Parteitag im Februar 1956 aufgestellte These von der Möglichkeit der kommunistischen Machtergreifung mit Hilfe eines parlamentarischen Sieges untersuchen die Verfasser des Lehrbuchs eingehend, bedeutend eingehender als es im „Kurzen Lehrgang“ getan wurde, die Erfahrungen der Bolschewiken bei ihrer quasi-parlamentarischen Tätigkeit in der zaristischen Duma vor der Revolution. Sie gehen dabei sehr schnell von der These vom bolschewistischen „Volkstribun“ zur These vom bolschewistischen „revolutionären Parlamentarier“ über und fassen diese Erfahrungen wie folgt zusammen:

„Unter der Führung der Partei, in einem engen Kontakt mit den Massen, in der Verbindung der illegalen und der legalen Arbeit bildete sich ein neuer Typ des revolutionären Parlamentariers“, (wobei die Worte „neuer Typ des revolutionären Parlamentariers“ im Original in Fettdruck gesetzt sind).

Auch für den Fall des Verbots der Kommunisten haben die Verfasser einen Hinweis auf den Beschluß der Bolschewiki von 1907 bereit, in dem es heißt:

„Als der einzig richtige Typ des organisatorischen Aufbaus wurde die illegale Partei anerkannt, als eine Summe der illegalen Zellen, die von einem Netz legaler und halblegaler Arbeitergesellschaften umringt ist“.

Diese Kombination von legaler und illegaler Arbeit wird im Lehrbuch immer wieder als besonders nachahmenswert empfohlen, und damit kein Zweifel daran aufkommen kann, daß alle Kommunisten sie anwenden sollen, wird sie durch ein paar Lenin-Zitate untermauert, von denen das wichtigste lautet:

„Man muß verstehen, ... systematisch, zäh, nachdrücklich, geduldig gerade dort, in den Organisationen, Gesellschaften, Bündeln, selbst wenn es sich um die allerreaktionärsten handelt, unsere Propaganda- und Aufklärungsarbeit zu machen, überall, wo es proletarische und halbproletarische Massen gibt.“

Das sind Hinweise, die zum Beispiel für die Bundesrepublik, in der die Kommunistische Partei ja verboten ist, gelten, und man kann die Auswirkung etwa an der Unterstützung verschiedener pazifistischer Strömungen durch die Kommunisten beobachten. Das gleiche trifft für

Und an einer anderen Stelle:

„Im Laufe von Jahrzehnten hat sich in den kapitalistischen Ländern die Arbeiteraristokratie, die Beamten der legalen Gewerkschaften und der Apparat, der sie bedient, abgesondert. Das Ergebnis ist die Strömung der kleinbürgerlichen Opportunisten in der Zweiten Internationale.“

Aus diesen Beobachtungen wird — und das ist wiederum eine neue Nuance — die Schlußfolgerung gezogen, daß der Kampf gegen den „Opportunismus“ und somit auch seine Existenz eine „Gesetz-mäßigkeit der Arbeiterbewegung“ darstelle. Mit anderen Worten: die Kommunisten gehen heute von der eindeutig formulierten Voraussetzung aus, daß ein bedeutender Teil der Arbeiter es vorzieht, ihre Lebensbedingungen im Rahmen der bestehenden „kapitalistischen“ Ordnung zu verbessern anstatt dieselbe zu stürzen. Denn gerade diese Haltung wird unter dem Begriff „Opportunismus“ verstanden.

die Unterstützung aller nationalistischen Bewegungen durch die Kommunisten zu, ihre demonstrative Unterstützung der farbigen Völker, ihre angebliche Sorge um die unterentwickelten Länder oder um die Jugendbewegungen, denn „an sich“ sind Pazifismus, Nationalismus oder Betonung der Rassenunterschiede in kommunistischer Sicht „reaktionär“.

Bei all diesem handelt es sich um das offensichtliche Bemühen der kommunistischen Theoretiker, den Kommunismus als eine echte Volksbewegung und die Kommunisten als Sprecher breiter Volksschichten vorzustellen. Sie versichern vor allem, daß die Kommunisten auch die Interessen der Bauernschaft vertraten und vertreten. Es heißt im „Lehrbuch“:

„Die Bolschewiken, die Vorhut des Proletariats, haben gleichzeitig die Verteidigung der sowohl politischen ... als auch ökonomischen Interessen der Bauernschaft auf sich genommen ... Daß gerade die Bolschewiken sich zur Verteidigung der Interessen der Hauptmassen des Bauerntums erhoben haben, hatte riesige Bedeutung für den weiteren Kampf um den Sieg der Revolution“.

Weiter bemühen sich die Autoren, die Kommunisten als flammende Patrioten, ja als eine staatsfreundliche Macht hinzustellen, und in diesem Zusammenhang produzieren sie besonders schreiende Lügen.

## Lügen und Wahrheiten

Bekanntlich haben die Kommunisten in ihrem Kampf um die Macht, insbesondere im stürmischen Jahr 1917, auf die totale Zerstörung des Staates hingewirkt; sie haben im Ersten Weltkrieg die Niederlage der eigenen Regierung gefordert; sie haben die kämpfende Truppe zersetzt, und es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Lenin zum deutschen Generalstab zumindest gute Beziehungen hatte. Er hätte nämlich ohne dessen Genehmigung niemals 1917 von der Schweiz, wo er sich während des Krieges im Exil befand, nach Rußland zurückkehren können, um die Führung der Revolution zu übernehmen.

Nach der neuesten Version aber hat das alles gar nicht stattgefunden. Die Kommunisten haben die Macht in Rußland an sich gerissen mit dem einzigen Ziel, das Land vor den deutschen Imperialisten zu retten. Es heißt im Lehrbuch wörtlich:

„Die russische Konterrevolution hat sich bereit erklärt, einen Separatfrieden mit Deutschland abzuschließen. ... Als wahre Patrioten traten die Bolschewiken auf, die Rußland vor der Zerschlagung durch den deutschen Imperialismus ... retteten. Man konnte den verräterischen Plan der Bourgeoisie nur durch den Sturz der Regierung des Verrats durchkreuzen.“

Bekanntlich jedoch wollte die Regierung Kerenskij den Krieg bis zum siegreichen Ende fortsetzen und hat nicht zuletzt wegen dieses Entschlusses die Macht an die Bolschewiken verloren. Aber die offensichtliche Geschichtsfälschung ist notwendig, um die neue Linie der kommunistischen Politik, ihre Spekulation auf den Nationalismus geschichtlich zu untermauern.

Überhaupt hat der Kommunismus hier viele Züge, die bis jetzt zumindest im Westen völlig verborgen geblieben sind. So wird zum Beispiel versichert, Lenins Theorie der Revolution, wie sie in seinem Buch „Der Staat und die Revolution“ dargestellt ist, sei „von der Idee des Kampfes an zwei Fronten — gegen den Opportunismus und gegen die Anarchisten“ durchtränkt, so daß die Kommunisten beinahe als Kämpfer gegen die Monarchie dastehen.

Die Machtergreifung der Bolschewiken wird ebenfalls nicht nur durch die traditionelle These von der Aufhebung der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen, sondern auch durch die Feststellung gerechtfertigt:

*„Die größte weltpolitische Bedeutung der Oktoberrevolution besteht darin, daß sie die erste Revolution in der Welt ist, die dem Volk nicht nur politische Rechte, sondern auch materielle Bedingungen für ein Leben in Wohlstand gegeben hat.“*

Die Autoren beschwerten sich, daß im Westen „die lügenhafte Legende von der Anwendung von Zwangsarbeit in der UdSSR“ im Umlauf gesetzt wurde, in Wirklichkeit hätte es so was in der Sowjetunion natürlich nie gegeben! Selbst die Eroberung durch die Sowjetarmee wird schmachhaft gemacht:

*„Die Sowjetregierung hat unterstrichen, daß sie keine Eroberung fremder Gebiete oder Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung in anderen Ländern anstrebt ... Sobald die befreiten Gebiete nicht mehr unmittelbare Kriegszone waren, wurde die Leitung der Zivilverwaltung von dem sowjetischen Oberkommando an die lokalen und natio-*

*nen Behörden übergeben. Die Sowjetunion hat den befreiten Ländern Hilfe in Form von Nahrungsmitteln und in anderen Formen geleistet.“*

Mehr noch — es stellt sich heraus, daß während des Vormarsches der Sowjettruppen „dank der geschickten und humanen Handlungen der Sowjettruppen viele deutsche Städte und Dörfer vor der Zerstörung gerettet wurden ...“.

Jede dieser Behauptungen ist unwahr, die, wenn man so sagen kann, die „Normen“ der politischen Lüge bedeutend übersteigt. Es wäre jedoch unvorsichtig, wollte man ihre Erfolgchancen unterschätzen. Diese Lügen können ankommen, vor allem bei der Jugend in der UdSSR und in den Satelliten, aber auch bei den nichteuropäischen Lesern, die sich oft nicht allzu eingehend mit der Entwicklung in Europa beschäftigen und die sowjetischen Aussagen kaum auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen können.

Nun ist das wesentliche an dieser Darstellung nicht einmal die Lüge. Die Autoren erwähnen auch für sie unangenehme Tatsachen. Sie berichten zum Beispiel, daß im Verlauf der Kollektivierung in manchen Gegenden bis zu 15 Prozent der Bauern zu Kulaken gestempelt und praktisch für vogelfrei erklärt wurden. Sie erwähnen auch die Massenliquidation unschuldiger Kommunisten durch die beiden bedeutendsten Leiter der sowjetischen Sicherheitsorgane, Jeshow und Berija. Aber sowohl die Falsifizierung als auch die richtige Wiedergabe von unangenehmen Tatsachen, die man ja offen zugibt, um sie zu korrigieren, verfolgen ein Ziel: bei dem Leser den Eindruck zu erwecken, daß der Kommunismus nicht so schlecht ist wie sein Ruf und daß man „auch unter dem Kommunismus leben kann“. Das ist ja die erste Voraussetzung für die erfolgreiche Anwendung der neuen Strategie, für die erfolgreiche Werbung von Bundesgenossen aus den Reihen der Bevölkerungsgruppen, die ihrem Wesen nach in das Lager der Feinde des Kommunismus gehören: der Bauern, der Handwerker, der Intellektuellen und des mittleren Bürgertums.

## Strategie des parlamentarischen Kampfes

Parallel zu den Bemühungen, die kommunistische Diktatur zu verniedlichen, versuchen die Autoren des Lehrbuchs auch eine Strategie des parlamentarischen Kampfes auszuarbeiten. Es heißt im „Lehrbuch“, die Kommunisten hätten, wenn sie in einem Parlament nicht stark genug sind, das Recht und die Pflicht, eine Koalition oder Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien einzugehen, wie es die Bolschewiken vor der Revolution in der Duma gemacht hätten.

Die Parallele zur Gegenwart zwingt sich auf; denn das ist die Taktik, die auf die Volksfront zielt, und die die Kommunisten in vielen Ländern anzuwenden versuchen. Es wird ihnen sogar erlaubt, im Rahmen einer Fraktion im Parlament oder sogar im Rahmen einer „Vereinigten Partei“ aufzutreten, wie es die Bolschewiken nach dem Vierten, dem sogenannten Vereinigungsparteitag von 1906 getan hatten.

Die Autoren beschreiben ausführlich, viel ausführlicher wie es ihre Vorgänger vom „Kurzen Lehrgang“ getan haben, wie die Bolschewiken ihre Partner betrogen haben. Sie sagen direkt:

*„Die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki im Rahmen der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die auf dem Vierten Parteitag erfolgte, war nur formell. In Wirklichkeit ... führen die Bolschewiken fort, den grundsätzlichen Kampf gegen die Menschewiki und gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung zu führen. Die Bolschewiki haben ihre organisatorische Selbständigkeit und ihr leitendes Zentrum aufrechterhalten“ ...*

Fast sensationell wirkt in diesem Zusammenhang die Erinnerung an den Widerstand der Bolschewiki gegen das von der „Vereinigten Partei“ gewählte Zentralkomitee, obwohl sonst heute die These gilt, das Zentralkomitee der Partei sei das Gehirn der Partei, die letzte Instanz, die befugt ist, über alle Probleme des Lebens zu entscheiden. Über die Ergebnisse des IV. Parteitages heißt es wörtlich, daß die Bolschewiki sofort nach der Vereinigung die Massen der Parteimitglieder gegen das Zentralkomitee mobil gemacht haben, denn „das Zentralkomitee spiegelte nicht den Willen der Partei wieder“ ...

Nicht weniger eindeutig ist auch der Kommentar zu dem nächsten, dem V. Parteitag, der noch von der Vereinigten Partei abgehalten wurde und im Jahre 1907 stattfand:

*„Der Parteitag wählte ein Zentralkomitee, in dem die Anhänger der Leninischen Linie die Mehrheit ausmachten. Doch haben die Bolschewiken ... indem sie die Unzuverlässigkeit der Führung seitens des ZK, die sich aus den Vertretern verschiedener Strömungen zusammensetzte, in Rechnung stellten, noch während des Parteitages eine Versammlung abgehalten, in der sie ihr eigenes bolschewistisches Zentrum schufen.“*

Mit anderen Worten — beim Umgang mit Gegnern, bei der Unterminierung der „Vereinigten Parteien“ wird gerade jene Handlungsweise empfohlen, die die Bolschewiken bei sich kategorisch verbieten: die Bildung von Fraktionen innerhalb der Partei.

Wenn wir uns die Ereignisse der letzten zehn bis fünfzehn Jahre vergegenwärtigen, so wird es klar, warum es die derzeitige Führung der KPdSU für nötig hält, die Entwicklung des innerparteilichen Kampfes in der vorrevolutionären Periode bedeutend ausführlicher und in vielen Fällen bedeutend objektiver zu beschreiben als dies Stalin tat. Das Schema der Vereinigung der Bolschewiken und Menschewiken und die darauf folgende Verdrängung der Menschewiken aus der Vereinigten Partei — das ist das Schema für die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei aus Kommunisten und Sozialdemokraten und der darauf folgenden Ausschaltung der sozialdemokratischen Tendenzen innerhalb der Partei.

Auch der Kampf der Bolschewiken gegen das opportunistische Zentralkomitee hat seine Parallele in der Gegenwart. Janos Kadar, der derzeitige Führer der ungarischen Kommunisten, trat ja gegen das Zentralkomitee auf, das Imre Nagy in jenen Oktobertagen des Jahres 1956 unterstützte.

## Neue Definition des Begriffes „Diktatur des Proletariats“

Die Taktik des Aufbaus des Sozialismus, das heißt die totale Aufhebung des Privateigentums nach der Errichtung der Parteidiktatur wurde gründlich revidiert. Im alten Lehrbuch Stalins hatte man als Leitfaden für die Behandlung der sogenannten nicht-proletarischen Klassen folgendes Lenin-Zitat angeboten:

*„Es gilt, ein Einvernehmen mit den Mittelbauern zu erreichen, ohne auf den Kampf gegen die Großbauern auch nur für einen einzigen Augenblick zu verzichten und sich fest nur auf die armen Bauern zu stützen.“*

Heute wird eine völlig neue Definition des Begriffes „Diktatur des Proletariats“ gegeben und wiederum mit einem Lenin-Zitat belegt:

*„Die Diktatur des Proletariats ist eine besondere Form von Klassenverbindungen zwischen der Avantgarde der Werktätigen, dem Proletariat und den zahlreichen nicht-proletarischen Schichten der Werktätigen (das Kleinbürgertum, die kleinen Besitzer, Bauern, Intelligenz usw.) oder ihrer Mehrheit . . . mit dem Ziel des endgültigen Aufbaus und der Festigung des Sozialismus.“*

Doch damit nicht genug. Es heißt sogar, das ganze Schicksal des Kommunismus hinge von der Mitwirkung der Nicht-Parteigenossen und der Nicht-Proletarier ab, und so versichern die Autoren des Lehrbuchs:

*„W. I. Lenin hat . . . darauf bestanden, alle der Sowjetmacht gegenüber loyalen Kräfte der alten Gesellschaft zum Aufbau des Sozialismus auszunützen . . . Er schrieb, daß von keinem erfolgreichen Aufbau des Kommunismus ohne ein Bündnis mit den Parteilosen die Rede sein kann.“*

Das sind nicht nur verschiedene Redewendungen, das ist eine andere Politik.

Obwohl man sowohl in der alten als auch in der neuen Fassung unter dem „Aufbau des Sozialismus“ das Gleiche versteht, nämlich die totale Aufhebung des Privateigentums, die Nationalisierung der Industrie und des Handels und die Kollektivierung der Landwirtschaft, bezweckt man mit der ersten Anweisung eine bedeutend schnellere, mit der zweiten eine bedeutend langsamere Ausschaltung der privaten Bauern, Händler und Unternehmer. Wir können diesen Unterschied deutlich beobachten, wenn wir die Entwicklung der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg mit der in den europäischen „Volksdemokratien“ nach

dem Zweiten Weltkrieg vergleichen. 15 Jahre nach dem Bürgerkrieg, etwa 1935, war in der Sowjetunion der Prozeß der Aufhebung des Privateigentums im großen und ganzen abgeschlossen; dagegen bilden zum Beispiel in Polen und Ungarn auch heute noch die privaten Bauern und privaten Händler einen wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Faktor, obwohl diese Länder bereits seit 15 Jahren unter kommunistischer Herrschaft stehen.

Diese Tolerierung bedeutet keineswegs einen Verzicht auf die Endziele. Im Gegenteil, die sind im neuen Lehrbuch viel deutlicher formuliert als im alten, denn inzwischen gibt es die bekannte „Deklaration“ der zwölf kommunistischen Parteien aus dem Jahre 1957, die ein genaues Programm des Kommunismus enthält, und das Lehrbuch zitiert dieses Programm wörtlich. Aber die Kommunisten haben aus der Erfahrung gelernt, daß selbst ein Volksaufstand oder der Zusammenbruch des Kolchosensystems, wie es in der Sowjetischen Besatzungszone, in Polen und Ungarn geschah, nicht zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems führt, solange die Kommunisten die politische Macht in der Hand behalten. Man kann sich also Zeit lassen, man kann vorsichtiger zu Werk gehen, man kann die kommunistische Diktatur als Diktatur verschiedener Schichten, darunter auch der kleinen Bourgeoisie, der kleinen Besitzer, der Intelligenz usw. bezeichnen. Es tut der Sache keinen Abbruch und erleichtert die Beeinflussung der „Mitläufer“ bedeutend.

Bemerkenswert sind schließlich auch die neuen Richtlinien für die Behandlung der Opposition innerhalb der Partei, die nicht mehr im Bausch und Bogen verdammt und als Agentur des Monopolkapitalismus beschimpft wird. In ihrem Kommentar zu dem bekannten Beschluß des XV. Parteitag im Dezember 1927 über den Ausschluß der Anhänger Trotzkijs aus der Partei schreiben die Autoren:

*„Der Parteitag hat den Parteiorganisationen nahe gelegt, ihre Reihen von ‚allen offensichtlich unverbesserlichen Elementen der trotzkistischen Opposition‘ zu säubern. Gleichzeitig hat der Parteitag das Zentralkomitee und die Zentrale Kontrollkommission beauftragt, alle Maßnahmen zur geistigen Beeinflussung der einfachen Mitglieder der Opposition zu ergreifen, um sie zum Verzicht auf die Kapitulantensichten des Trotzkismus und zur Rückkehr auf den leninischen Weg zu bewegen.“*

## Akzentverschiebungen im neuen Lehrbuch zur Parteigeschichte

Wir können an diesem Beispiel wiederum die Verschiedenheit der Akzente zwischen dem alten „Kurzen Lehrgang“ und dem neuen „Lehrbuch“ beobachten. Es wird in beiden Ausgaben erwähnt, daß die aus der Partei Ausgeschlossenen das Recht hatten, um die Wiederaufnahme in die Partei zu ersuchen, vorausgesetzt, daß sie genügend Reue zeigen. Im neuen „Lehrbuch“ heißt es jedoch über die Ergebnisse dieser Maßnahme:

*„Die Mehrheit der Ausgeschlossenen haben ihre Verpflichtungen erfüllt und erhielten ihre Rechte als Parteimitglieder wieder“* nur die Haltung der Oppositionsführer sei „doppelzünftig“ gewesen. Demgegenüber heißt es im „Kurzen Lehrgang“, die Mitglieder der Opposition hätten mit „geringen Ausnahmen“ völlig zerlogene Erklärungen abgegeben.

Man könnte noch eine ganze Anzahl anderer Akzentverschiebungen anführen. Doch die wichtigste Tendenz ist bereits jetzt klar: das neue Lehrbuch der Parteigeschichte steht im Zeichen des expansiven und des siegessicheren Kommunismus. Aus den Erfahrungen von 40 Jahren haben die Sowjettheoretiker offensichtlich die Schlußfolgerung gezogen, daß sie größere Chancen haben, ihren Machtbereich auszudehnen, als Stalin es je für möglich gehalten hat; daß das Bürgertum mehr zersetzt ist als Stalin, Lenin oder gar Marx und Engels zu träumen gewagt

hätten, und daß ihre politische Routine es ihnen erlaubt, ihre inneren Feinde langsamer und weniger brutal zu liquidieren als es Stalin tun mußte.

Zum Schluß sei noch festgestellt, daß die Verfasser des Lehrbuchs durchaus nicht immer bemüht sind, die Ziele des Kommunismus zu verheimlichen. Das Tarnungsgebot gilt nur für die taktische Schulung, nicht für die Strategie. Steht dagegen die allgemeine politische Ausbildung zur Debatte, so wird der Gedanke an die Unausbleiblichkeit des Sieges des Kommunismus in der ganzen Welt und an die Notwendigkeit, die sowjetischen Methoden anzuwenden und nicht etwa die jugoslawischen, ungarischen oder polnischen, unmißverständlich ausgesprochen und immer wiederholt. So heißt es an einer Stelle:

*„Die überragendste weltpolitische Bedeutung der Oktoberrevolution besteht darin, . . . daß sie die Unausbleiblichkeit der Wiederholung ihrer Grundzüge in der sozialistischen Revolution eines jeden Landes gezeigt hat“.*

An einer anderen Stelle können wir lesen: *„. . . das russische Beispiel — schrieb Lenin — zeigt allen Ländern etwas und etwas sehr wesentliches aus ihrer unausbleiblichen und großen Zukunft.“*

Die dritte Aussage: *„Der Marxismus lehrt, . . . daß der Sozialismus in allen Ländern unausbleiblich siegen wird.“*

Oder: „Die vierzigjährige Erfahrung der KPdSU zeigt überzeugend und unwiderlegbar, daß der Weg des Sozialismus der einzig richtige Weg für die gesamte Menschheit ist.“

Manchmal, wenn auch nicht immer, versichern die Autoren des Lehrbuchs, der Kommunismus würde nicht infolge einer militärischen Eroberung, sondern kraft der inneren Entwicklung der betreffenden Länder siegen. Sie lassen jedoch keinen Zweifel daran, daß Gewaltanwendung in ihren Augen nach wie vor das Hauptmittel des Machtkampfes ist und fügen nur hinzu, daß „der Grad der Erbitterung im Klassenkampf, die Anwendung oder Nichtanwendung der Gewalt beim Übergang zum Sozialismus . . . von der Stärke des Widerstandes der reaktionären Kreise abhängen wird.“

Mit anderen Worten: die Kommunisten versprechen, auf Gewaltanwendung zu verzichten, wenn die Demokratie freiwillig kapituliert.

Das sind sehr selbst- und siegesbewußte Worte, und sie stellen in jedem Fall eine ernste Warnung dar. Enthalten sie eine richtige Einschätzung der Lage im Westen, dann ist es um uns nicht sehr gut bestellt. Ist dagegen die geringschätzigste Beurteilung der westlichen Widerstandskraft eine Fehlkalkulation der Sowjetführer, dann ist die Lage auch nicht viel besser, denn die Geschichte, darunter auch die neuere Geschichte, kennt Beispiele dafür, daß die Handlungen von Staatsmännern, die ihre Gegner falsch und zu gering einschätzten, ganze Kontinente ins Unglück gestürzt haben.

**Anmerkung:**

Hermann Achminow, Journalist; Mitarbeiter am Institut zur Erforschung der UdSSR, München. Studium an der Universität Leningrad. 1943 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten. Nach Kriegsende nicht nach Rußland zurückgekehrt.

HELMUT HEIBER

# Adolf Hitler

Mit freundlicher Genehmigung des Colloquium-Verlages, Berlin Dahlem, bringen wir nachstehend das Kapitel „Der Weg nach oben“ (1924—1933) aus der Biographie „Adolf Hitler“ von Helmut Heiber zum Abdruck.

## Der Weg nach oben

Für Hitler galt es in der wiedergewonnenen Freiheit zunächst zwei vordringliche Ziele zu erreichen: die Aufhebung des Parteiverbots und das Einfangen seiner wild durcheinandergaloppierenden Parteigenossen. Im ersten Falle kam es ihm zustatten, daß er sich in der Haftzeit zu einem grundsätzlichen Wechsel der Taktik entschlossen hatte: nicht mehr durch einen Putsch, sondern auf „legalem Wege“ gedachte er jetzt die Macht zu erringen. Trotz seiner unverminderten Abneigung gegen die Parlamente wollte er nunmehr seine Gegner auf ihrem eigenen Turniergelände heimsuchen, auch wenn er sich darüber wohl im klaren war, daß es — wie er damals mit feinem Humor geäußert haben soll — mehr Zeit benötigen würde, diese niederzustimmen, als sie niederzuschießen. Schon vierzehn Tage nach seiner Entlassung saß dann der Exhäftling von Landsberg dem bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber, machte ihn mit seinen neuen Methoden vertraut — nicht ohne geschickt auch einige versöhnliche Bemerkungen in Richtung auf die Katholische Kirche einzustreuen — und erreichte im Verein mit den Vorstellungen Gürtners tatsächlich die Aufhebung des Verbots seiner Partei und seiner Zeitung.

Auch die andere Aufgabe bereitete keine nennenswerten Schwierigkeiten. Als der Dompteur den Raubtierkäfig betrat, eilte alles, was sich bisher angefaucht hatte, wieder auf die Plätze. In der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ lösten sich die ehemaligen Hitler-Anhänger von den Völkischen und beendeten damit eine Symbiose, die bereits durch den Verlust von mehr als der Hälfte der Stimmen und Mandate in den neuerlichen Reichstagswahlen vom Dezember 1924 angeschlagen war. Für Hitler — wie schon erwähnt — war „Zusammenarbeit“ eine unbekanntes Vokabel, für ihn gab es nur „bedingungslose Eingliederung“. Unter dem Titel „Der Starke ist am mächtigsten allein“ wird er diesen Überlegungen dann im zweiten Band von „Mein Kampf“ ein eigenes Kapitel widmen, in dem er Julius Streicher als Vorbild für eine solche Haltung preist, dem er ja auch als Dank bis zuletzt die Treue gehalten hat trotz aller Belastung, die dieser Mann mit seinen schmierigen Affären für das Regime bedeutete.

Streichers „Großdeutsche Volksgemeinschaft“ löste sich natürlich ebenfalls auf, und die Sektionen veröffentlichten im VB, der seit dem 26. Februar wieder erschien, laufend Treuebekennnisse für Hitler. Bewußt wählte dieser den mit seiner Niederlage von 1923 verbundenen Bürgerbräukeller zum Schauplatz der ersten Revue nach nur scheinbar verlorener Schlacht. Vor 4000 schreienden, die Tische erklimmenden, jubelnden und sich schluchzend in die Arme fallenden Menschen gründet Hitler am 27. Februar 1925 die Partei neu. Unter dem tosenden Beifall der Arena schütteln sich die verfeindeten Diadochen unter den strengen Augen ihres Meisters die Hände: die Reichsleitung der NSDAP hat sich wieder formiert.

Hitler ist aus diesen Wirrungen hervorgegangen, fast ohne eine Feder zu lassen. Lediglich den Aufbau der NSDAP in Norddeutschland hat er vorläufig den Brüdern Strasser abgetreten. Aber das liegt ganz

in seinem Sinne: erst gilt es die bayerische Hausmacht neu zu ordnen, dann wird er den Strassers schon zeigen, wer der Herr ist. Verlostig gegangen ist eigentlich nur der Feldherr des Weltkrieges. Die ersten Risse in diesem Verhältnis datierten allerdings schon von der Stunde an der Feldherrnhalle. Der General, der damals — was mehr für seinen Mut als für seinen Verstand sprach — im Feuer der Landespolizei unbeirrt weitermarschiert war, hatte mit Mißfallen bemerkt, daß der Gefreite und Anführer des ganzen Unternehmens in Deckung ging, wie er es im Kriege gelernt hatte. 1925 nun sah sich Ludendorff auf dem politischen Schlachtfeld mit einer ähnlichen Enttäuschung konfrontiert. Für die nach dem Tode Friedrich Eberts am letzten Februartag 1925 notwendig gewordene Neuwahl des Reichspräsidenten hatte er sich von Hitler nominieren lassen, wurde jedoch dann zugunsten des zugkräftigeren Kompromißkandidaten der Rechtsparteien und Konkurrenten um den kaum verblichenen Lorbeer der Weltkriegssiege, des Feldmarschalls Hindenburg fallengelassen, als im ersten Wahlgang nur ein Prozent der an die Urne getretenen Wähler dem Wunsch nach einem Präsidenten Ludendorff Ausdruck gab. Von nun an verfolgte der einstige Bundesgenosse den kometenhaften Aufstieg des werdenden „Führers“ mit grimmigem Haß, obwohl dieser dem renommierten Heros zumindest äußerlich noch bis zu dessen Begräbnis im Jahre 1937 freundliches Wohlwollen zu bezeigen für gut hielt.

So endgültig dieser Bruch war, so vorübergehend nur war die Entfremdung mit dem SA- und Frontbannführer. Röhm hatte sich zwar sofort Hitler zur Verfügung gestellt, wollte jedoch lediglich von einer politischen Unterordnung etwas wissen und hegte im übrigen eigene Vorstellungen von der Selbständigkeit seines Wehrverbandes gegenüber der Partei. Schon im April 1925 gab er daher seine Posten ab und zog sich für Jahre ins Privatleben zurück. In dem Hauptmann Pfeffer von Salomon glaubte Hitler einen gefügigeren Nachfolger gefunden zu haben, jedoch konnte der Dualismus zwischen der politischen Organisation und der Parteiarmee endgültig erst durch die Salven der Stadelheimer SS-Pelotons am und nach dem 30. Juni 1934 entschieden werden.

Mit dieser Ausschaltung der drei stärksten Persönlichkeiten seines Lagerß bekam Hitler die Hand frei für die ihm vorschwebende Neuordnung. An jenem 27. Februar 1925 hatte er sich von seinen Parteigenossen die Führung der Partei „provisorisch“ auf ein Jahr übergeben lassen, wie er auch später für das Reich zunächst einmal lediglich „vier Jahre Zeit“ verlangte. „Bis dahin aber“, so hatte er angeführt, „gilt: ich führe die Bewegung allein, und Bedingungen stellt mir niemand, solange ich persönlich die Verantwortung trage.“ Und dabei sollte es bleiben. Hitler räumte endgültig auf mit den meisten Relikten, die sich in der alten Partei auch nach 1921 noch aus der in demokratischen Bahnen verlaufenen Vereinszeit erhalten hatten. Fast schon vollendet wurde damit die straff organisierte Führerpartei, in der nur ein, keiner wie auch immer gearteten Instanz verantwortlicher Wille maßgebend war. So entstand Schritt für Schritt jene eisige Isoliertheit des einen Führers, der völlig einsam einer blind vertrauenden Masse gegenübersteht und von dem allein alle denkbare Gewalt abgeleitet werden

kann. Einige Jahre danach hätte es nicht einmal mehr einer Berücksichtigung der im Grunde haltlosen Persönlichkeit des österreichischen Kunstmaler-Aspiranten bedurft, um diesem in wachsender Verehrung wie Verachtung sich ständig weiter aufladenden Wechselverhältnis ein Ende in Hybris vorauszusagen, sofern es nur lange genug anhielt. Der Gang der Geschichte schließlich hat es verhindert, daß hier einer neuen Religion ein neuer Gott entstand, aber auf dem besten Wege dazu war man wahrhaftig.

Die Anfänge von 1925 ließen davon allerdings kaum etwas ahnen, — abgesehen vielleicht von einigen einseitigen Fanatikern. Es mußten erst noch neue Faktoren in den Ablauf der Ereignisse gemischt werden, um diesem Manne Hitler den Weg ins Verderben zu ebnen. Denn noch die folgenden fünf Jahre hindurch stellten er und seine Partei eine von den Gegnern mehr oder weniger bewitzelte Quantité négligeable dar, deren monotones Gedröhn im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung stand. Nur mühsam quälte sich die Mitgliederzahl der Partei an die 100 000er-Grenze heran, und bei den Wahlen vermochte sie nur in wenigen, unbedeutenden Einzelfällen mehr als drei Prozent der abgegebenen Stimmen zu erringen. Die Ursache dafür lag darin, daß sich die Verhältnisse in Deutschland während des Jahres, das Hitler in Landsberg verbrachte, grundlegend verändert hatten.

Mit der neuen, stabilen Währung waren ausländische Anleihen gekommen und mit beidem eine Beruhigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Aussicht auf einen beträchtlichen Aufschwung auf vielen Gebieten. Die letzten Wogen des Weltkrieges schienen verebbt, die Bürgerkriegsarmeen von rechts und links waren überall geschlagen, aufgelöst und endlich wieder in das Zivilleben eingegliedert worden, und auf dem außenpolitischen Parkett öffnete eine zielstrebige Politik — wenn auch natürlich nicht ohne jede Konzession — langsam wieder Tür um Tür. Mochte zwar die junge Demokratie nach wie vor kaum auf viele Demokraten zählen dürfen, so betrachtete doch die apolitische große Masse — ruhig und einigermaßen zufrieden geworden — die schwache Republik nicht mehr als das größte Übel und die hemmungslose Agitation ihrer Gegner als einigermaßen lächerliche und grundlose Quengeleien.

Hinzu kam noch, daß Hitlers Wort damals lange Zeit hindurch nicht einmal mehr das Ohr, geschweige denn das Herz jener satt und damit allen revolutionären Verlockungen gegenüber vorübergehend immun Gewordenen zu erreichen vermochte. Bereits seine ersten Darbietungen vom 27. Februar und in einigen folgenden Sektionsversammlungen hatten die bayerische Regierung veranlaßt, am 9. März ein Redeverbot über ihn zu verhängen, dem sich bald auch die wichtigsten übrigen Länder, darunter am 25. September Preußen, anschlossen. In der folgenden Zeit durfte Hitler nur noch in Württemberg, Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin öffentlich sprechen, und erst seit dem 11. Februar 1927 ließ man den Tribun in Sachsen, seit dem 5. März des gleichen Jahres in Bayern und gar erst seit dem 28. September 1928 in Preußen wieder auf die Rostra.

Welches Handicap dies für die junge Bewegung bedeutete, das kann wohl nur ermesen, wer Hitler selbst einmal gehört hat. Seit seinen ersten Vorträgen als „Bildungsoffizier“ hatte er sich zum genialen Volksredner par excellence entwickelt. In seinem sonst so mäßigen Buche konnte er mit Recht der „Bedeutung der Rede“ ein eigenes Kapitel widmen, das von einem maßgebenden, ihm politisch keineswegs nahestehenden Lehrer der Publizistik als eine Redelehre bezeichnet worden ist, die „an Frische und Lebendigkeit ihresgleichen sucht.“ Obwohl Hitler schon bald viele seiner Reden vorher ausgearbeitet hat, ihr Text also im wesentlichen von vornherein festlag, ist doch jede einzelne erst im lebendigen Kontakt mit den Hörern wirklich entstanden und in rhapsodischer Steigerung bis zu jener Art Orgasmus angewachsen, der diesem Redner eine völlig hörige Masse als gleichsam weibliches Substitut in die Hände lieferte.

Alle seine Reden begannen zögernd, das jeweilige Auditorium abtastend, in starrer Haltung und mit durchgedrückten Knien, — auch später noch wird jede Staatsrede mit monotonen, dabei aber die Spannung bis zur Unerträglichkeit steigernden Reminiszenzen aus der Kampfzeit oder aus dem Jahre 1933 beginnen. Rauh und stockend holpern so seine Worte über die ersten Absätze hinweg, bis der Motor

sich warm gelaufen, bis der Redner plötzlich Kontakt gefunden, Witterung genommen hat und der erste Beifall zu ihm emporbrandet. Dann aber gibt es kein Halten mehr, und seine Worte verschmelzen zu einem tosenden Katarakt. Er ist begeistert, er glaubt zumindest in diesem Augenblick an das, was er sagt, und es gelingt ihm, seine Begeisterung und seinen Glauben auf die anderen zu übertragen, von denen sich (einige verstockte Intellektuelle spielen da keine Rolle) bald jeder persönlich angesprochen fühlt, — so, als ob Hitler nur zu ihm allein und zu niemandem sonst spräche. Gerade das aber würdigt den Hörer, ohne daß er es recht gewahr wird, herab zum bloßen Glied jener Masse, die ihn umgibt, macht ihn zum kritiklosen Teilnehmer an einem Gemeinschaftserlebnis, zur gedankenlosen Stimme eines frenetisch heulenden Chorus.

In solchen Fällen ist es beinahe gleichgültig, was Hitler sagt. Wie er es bringt, ist das Ausschlaggebende, denn er ist der Meister einer Form, hinter welcher der Inhalt zur Bedeutungslosigkeit verblaßt. Es ist heute leicht, über das hohle Pathos, über die billigen Klischees, über die immer wiederkehrenden leeren Phrasen jener Redetexte zu lachen. Selbst die von der Platte abgespielte Stimme kann den heutigen Hörer völlig kalt und ihn verwundert fragen lassen, wie nur in aller Welt diese Menschen bei einem so banalen Unsinn in derartige Verzückung geraten konnten. Denn sie ist nicht zu wiederholen, die Atmosphäre, die jener Mann instinktsicher zu wittern, potenziert neu zu erzeugen und in einem solch intensiven Wechselspiel von Suggestion und Autosuggestion wieder auszustrahlen vermochte, daß sich ihr damals selbst diejenigen kaum entziehen konnten, die mittels des doch gewiß stark ernüchternden Mediums Rundfunk teilnahmen. Ob er vor einer Massenveranstaltung von Anfang an hingerissener und enthusiastischer BDM-Führerinnen sprach oder vor einem Club skeptisch-nüchterner und süffisant lächelnder Großindustrieller, ob in einem niedrigen Bierkeller oder im weiten Sportpalast, ob im heimischen Bayern und Österreich oder in kühl-reservierten Hansestädten: immer hatte er mutatis mutandis den gleichen Erfolg, immer erfüllte er genau die Stimmung und brachte er die richtigen, erfolgverheißenden Mittel und Argumente zum Einsatz, auch wenn bei diesem echten Demagogen manchmal der eine seiner Zuhörer nicht hätte wissen dürfen, was er dem anderen erzählte und versprach. So wurde die Rede, das ständig erneuerte Ringen um sein Corpus mysticum, um die Massenseele, zu Hitlers schärfster, ja vielleicht sogar entscheidender Waffe im Kampf um die Macht, und er hat sich denn auch nicht gescheut, sie ohne Rücksicht auf seine Gesundheit in die Waagschale zu werfen. Die übrigen publizistischen Mittel wurden zweitrangig, die Rede war das Instrument Hitlers und seiner Partei, — denn nicht zufällig kommt „hörig“ von „hören“.

Eben gerade an dieser wichtigen Tür zum Aufstieg nach oben schoben die erwähnten Redeverbote vorläufig einen Riegel vor, und wenn zwar gewiß die wirtschaftliche Saturierung den Ausschlag gab, so war doch auch jenes Faktum mit Anlaß für das praktische Stagnieren der Bewegung. Die so wider Willen gewonnene Zeit nützte Hitler dazu, sich nach Berchtesgaden auf den Obersalzberg zurückzuziehen und den dann im Dezember 1926 erscheinenden zweiten Band von „Mein Kampf“ zu diktieren, der bestimmt sein sollte, seinen Ruf auch als maßgebender Partei-Ideologe und -Theoretiker zu festigen. Und obwohl nur von einigen seiner Gegner auch wirklich gelesen, wurde das nun komplette Werk, das natürlich kein Parteigenosse auf seinem Bücherbrett missen wollte, dank der rührigen Propaganda schon bald ein ziemlicher Verkaufserfolg, noch bevor später die amtliche Verteilung an wehrlose Brautpaare, „Gefolgschaftsmitglieder“ und Sieger in allen möglichen Wettkämpfen die Gesamtauflage in die Millionen jagte.

Die Honorare machten Hitler zum wohlhabenden Mann. Schon 1926 erwarb er, der wie manch andere Inhaber der Macht dem Rausch der Geschwindigkeit verfallen war, einen Mercedes-Kompressor und zwei Jahre danach das von ihm bereits seit 1925 gemietete und später zur Residenz „Berghof“ umgebaute „Haus Wachenfeld“ auf dem Obersalzberg, den er durch den inzwischen verstorbenen Dietrich Eckart kennen- und liebgelernt hatte und wo auch die Bechsteins ihre Villa besaßen. In seinem Münchener Domizil allerdings machten sich die Zeichen des wachsenden Wohlstands nur langsam bemerkbar. Schon seit dem Krieg wohnte er zwar nicht mehr unter dem Dach beim

Schneidermeister Popp, sondern hatte sich in der etwa eine Stufe höher rangierenden Thierschstraße bei einer Witwe eingemietet, jedoch war auch hier sein mit abgetretenem Linoleum ausgelegtes und kaum möbliertes Zimmer klein und schäbig, wie dies dem Stil eines Arbeiterführers und bissigen Bekämpfers der Weimarer „Bonzokratie“ entsprach. Erst Ende 1929 bezog der darin fast konservative Hitler eine Neun-Zimmer-Wohnung am vornehmen Prinzregentenplatz, die er dann bis zum Ende beibehielt, ohne übrigens die anderen Mieter des Hauses zu behelligen.

Auch der Parteisitz mauserte sich in diesem Zeitraum. Hatte man nach der Neugründung zunächst beim Eher-Verlag ebenfalls in der Thierschstraße eine bescheidene Notunterkunft gefunden, so konnte schon im Juni 1925 durch Vermittlung des Photographen Hoffmann in der Schellingstraße eine eigene Geschäftsstelle eröffnet werden, — Quartier der „Reichsleitung“ bis zum Bezug des im Juli 1929 erworbenen und zum „Braunen Haus“ umgebauten Barlow-Palais an der Brienner Straße Anfang Januar 1931. Diese letzten Umzüge von 1929 und 1930 bildeten das äußere Wahrzeichen für die bis auf vorübergehende Krisenmomente (wie etwa im Jahr der vielen Wahlen 1932) nunmehr behobene Finanzkalamität der NSDAP. Von der Neugründung bis zu jener Zeit nämlich war es Hitler trotz seinem Kokettieren mit den konservativen Mächten, das bereits 1926 in der Beteiligung am Niederstimmen der von den Arbeiterparteien geforderten Fürstenenteignung weithin sichtbaren Ausdruck gefunden hatte, nicht gelungen, aus den politischen Fonds der Schwerindustrie wesentliche Geldströme auf seine Mühlen zu leiten. Recht und schlecht nährte sich die Partei von den kargen Beiträgen und den Spenden ihrer Mitglieder, wozu noch die Zuwendungen einiger Hitler-Verehrerinnen aus dem In- und Ausland sowie die nicht gerade überwältigenden Überschüsse der Parteipresse und des ebenfalls von Hitlers ehemaligem Kompaniefeldwebel Amann geleiteten Parteiverlages kamen.

Diese Jahre aber, in denen Hitler fast in ganz Deutschland — soweit man seinen Namen überhaupt bereits gehört oder noch im Gedächtnis behalten hatte — als eine jener ephemeren Eintagsfliegen und einer der halbverrückten Sonntagspolitiker galt, an denen es gerade im Lande Bayern noch nie gemangelt hat, — diese Jahre dienten ihm dazu, seine Stellung innerhalb der Partei endgültig zu festigen. In erster Linie war die nur verschobene Auseinandersetzung mit den Strassers fällig. Die beiden Brüder hatten in Norddeutschland überraschend schnell eine Organisation aufgebaut, ihren Einfluß ausgedehnt und eine Anhängerschaft gewonnen, die Hitler zwar nominell als Parteiführer gerade noch anerkannte, de facto jedoch eine so gut wie selbständige Gruppe bildete, deren schroff antikapitalistisches und föderalistisches Programm dem nach allen Seiten lavierenden Münchener Oberhaupt ohnehin ein Dorn im Auge war.

Zum Krach kam es schließlich über die bereits erwähnte Frage der Fürstenenteignung, in der die mehr als dem bloßen Namen nach sozialistischen Norddeutschen um Strasser mit den Sozialisten vom linken Flügel zusammengingen. Zu einem Parteikongreß der norddeutschen Gauleiter in Hannover am 25. Januar 1926, der mit der einen Gegenstimme Leys einen entsprechenden Beschluß faßte, war Hitlers „Spitzel“ Feder nur mit knapper Mühe und Not zugelassen worden; und hier soll es angeblich auch geschehen sein, daß Gregor Strassers Privatsekretär, ein verkrüppelter ehemaliger Albertus-Magnus-Stipendiat namens Goebbels, in einer flammenden Rede den Antrag stellte, „den kleinen Bourgeois Adolf Hitler“ aus der Partei auszuschließen. Da der Kongreß überdies noch Strassers Programm an die Stelle von Hitlers „25 Punkten“ zu setzen gewagt hatte, konnte dieser eine solche offene Auflehnung, selbst wenn er es gewollt hätte, nicht ungeahndet durchgehen lassen.

Die Palastrevolte hatte jedoch — ebenfalls in Hannover — bereits am 22. November des vergangenen Jahres mit der Gründung einer anti-münchenerischen „Arbeitsgemeinschaft“ der nord- und westdeutschen Gauleiter begonnen, und schon damals hatte Strasser sein häretisches Programm entwickelt. Es war nun typisch für Hitler, daß er wieder und wie auch später vor großen Entscheidungen zunächst einmal zurückschreckte. Ob es hier die Meuterei von Hannover oder ob es 1934 die gefährliche Haltung der SA, ob es der Beginn des Krieges

oder ob es der Angriff auf Rußland war, — stets zögerte er zunächst länger, als es seiner Umgebung vielfach für gut erschien, um dann allerdings blitzartig zuzuschlagen. So verging auch jetzt ein ganzes Vierteljahr, und es bedurfte erst noch jenes zweiten Ekklats von Hannover, ehe Hitler sämtliche Gauleiter für den 14. Februar 1926 zu einer Führertagung nach Bamberg zusammenrief. Im Gegensatz zu dem, was Otto Strasser später kolportiert hat, waren dort immerhin die wichtigsten nord- und westdeutschen Gauführer erschienen. Als jedoch Hitler gesprochen hatte, erhob sich allein Gregor Strasser selbst. Die übrigen duckten sich und schwiegen, — auch der wortgewaltige Goebbels, das As der Meuterer, auf den die Blicke seiner Freunde gerichtet waren. Vor sich selbst hat er diesen feigen Rückzug damit gerechtfertigt, daß er von der Bamberger Selbstentlarvung des Reaktionärs Hitlers geradezu erschlagen gewesen sei. In Wirklichkeit freilich dürfte es mehr der prunkvolle und massive Aufmarsch der süddeutschen Garde Hitlers gewesen sein, der den kleinen Hungerleider aus dem Kohlenpott beeindruckt hat. Zeit seines Lebens von wenig wirklicher Überzeugung angekränkt, dafür aber vom Ehrgeiz zerfressen und in jenen Jahren gerade dabei, aus der Misere seines Kleinstbürgertums wild ruderd an die soziale Oberfläche durchzustößen, machte sich Goebbels nun langsam daran, der deutlich erkennbaren Machtkonstellation Rechnung zu tragen und die erschütterte Festung Strasser zu räumen. Und so schwieg denn auch er, als das Strasserprogramm verdammt und die Arbeitsgemeinschaft aufgelöst wurde.

Wenn daher Strasser zwar in allem überstimmt war, meinte Hitler den offenen Bruch denn doch nicht riskieren zu dürfen, und es gehört zu den eindrucksvollsten Kunststücken seiner Verführungstechnik, wie er es fertigbrachte, den auf ganzer Linie Unterlegenen trotzdem in der Partei zu halten, wobei dahingestellt bleiben mag, ob wirklich die unverblühte Aufforderung zu einem herzhaften Griff in die Parteikasse mit zu seinen Überredungsmitteln gehört hat. Auf einer sogenannten Generalmitgliederversammlung am 22. Mai, der letzten ihrer Art übrigens, baute Hitler seinen Sieg aus. Mit Hilfe der Register-Eintragung neuer Satzungen des „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins“, dessen Vorstand nunmehr für immer mit der Leitung der Münchener NSDAP identisch sein sollte, verankerte er für alle Zukunft die dominierende Stellung seiner oberbayerischen Hausmacht und damit die Kontinuität seiner Führerschaft. Seine „25 Punkte“ wurden — was für Hitler jetzt zu einer Prestigefrage geworden war — als Parteiprogramm für „unabänderlich“ erklärt. Eine andere und wichtigere Verbesserung aber bestand darin, daß die Gauleiter von nun an nicht mehr — wie bisher — gewählt, sondern vielmehr vom Parteivorsitzenden ernannt wurden. Damit hatte sich Hitler zum unumschränkten und unangreifbaren Herrn der Bewegung aufgeschwungen, der junge Kuckuck hatte auch die letzten Überreste des Alten hinausgedrängt und füllte das Nest nun völlig aus. Die Partei war zu seiner Partei geworden.

Noch im November des gleichen Jahres holte er zu einem weiteren Schlag aus. Er belehnte den von den Strassers halbwegs schon als „Verräter von Bamberg“ betrachteten Goebbels mit der Würde eines Gauleiters von Berlin, der zu allem Überfluß aus dem allgemeinen Parteigefüge herausgelöst und, statt wie gewöhnlich über das zwischengeschaltete Relais des „Reichsorganisationsleiters“ Strasser, vielmehr Hitler unmittelbar unterstellt wurde. Damit war den Strassers ein Aufpasser mitten in das Herz ihrer Stammlande gesetzt worden, der sich bald mit unheimlicher Energie und dem Eifer des Apostaten daranmachte, den Einfluß seiner ehemaligen Gönner, notfalls auch mit Brachialgewalt, auszuschalten und seinem Führer die Reichshauptstadt nicht nur von Rot-Front und Reaktion, sondern auch von den Häretikern aus dem eigenen Lager zu säubern.

Im Juli 1926 hatte Hitler erstmalig wieder einen Reichsparteitag aufgezogen, Nummer 2 in der parteioffiziellen Zählung und infolge der Redeverbote ausnahmsweise in Weimar stattfindend. Im August des kommenden Jahres bestand ein solcher Verlegungsgrund nicht mehr, so daß Hitler seinen Parteikongreß nun wieder im Kronland Bayern abhalten konnte — und zwar im Nürnberg Julius Streichers, welchen dafür hervorragend geeigneten Schauplatz er mit seinem ausgeprägten Sinn für den propagandistischen Nutzeffekt von Traditionen in Zukunft

(1929 und 1933–1938) als „Stadt der Reichsparteitage“ beibehielt. 1927 durften hier die braunen Marschierer aus allen Teilen Deutschlands – 50 000 verstand man inzwischen auf die Beine zu bringen – ihr Idol zum ersten Male ebenfalls im Schmuck des Braunhemds bewundern, während Hitler bislang seine Paraden in einer Art Räuberzivil – zerknautschtem Filzhut, lieblos zusammengeschnürtem Trenchcoat und bajuwarischer Unterleibsbekleidung – abzunehmen pflegte. Zwar hatte der Byzantinismus noch längst nicht den Pegelstand späterer Jahre würdelosen Heroenkults erreicht, und wenn man vom „Führer“ sprach, so meinte man damals noch das gedruckte Programm. Immerhin hatte Hitler aber in den vorangegangenen, relativ ruhigen Zeiten sein Wissen um das zweckmäßigste, nämlich auf seine Person hinzielende und in seinem Erscheinen hymnisch gipfelnde Ritual solcher politischen Massendelirien zu perfektionieren gewußt: gewiß schon in Zusammenarbeit mit dem auf diesem Gebiet unerhört talentierten jungen Goebbels war er zum unbestrittenen Meister auf der Klaviatur der demagogischen Liturgie herangereift.

Da wartet etwa dichtgedrängt in einer Halle eine Menschenmenge auf den Redner Adolf Hitler, der sich verspätet, eine halbe Stunde, eine Stunde, – nicht weil er eine Abhaltung hätte, nein: er sitzt irgendwo in einer Parteigeschäftsstelle oder in einem Hotelzimmer und erhält alle paar Minuten telefonisch einen Stimmungsbericht aus dem Saal übermittelt, wie dort die spannungsgeladenen Zuhörer durch hämmernde Marschrhythmen langsam „angeheizt“ werden, wie geschickt arrangierte Durchsagen wirken, wie die Massen singen, wie der Fahnen-einmarsch „ankommt“, wie alles sich in Richtung auf jenen Augenblick zuspitzt, wo ER unter ohrenbetäubendem Jubel seinen Einzug halten wird. Ist es hier die Kundgebung, so ist es dort die „Demonstration“, der Aufmarsch, im Kraftgefühl von gemeinsamem Marschschritt und gemeinsamer Uniform ausgehender „Verschworenenheit“, das sich ablösende Zeremoniell von Hacken-Zusammenschlagen, Strammstehen, Marschieren, Melden und Grüßen, bis dann der ersehnte Moment gekommen ist, da sich das ob seiner suggestiven Kraft berühmte Auge Hitlers mit geübter Meisterschaft gerade diesen und diesen, jeden einzelnen der aus der vorbeiströmenden Kolonne schwärmerisch zu ihm emporgereichten Blicke zu suchen und zu erwidern scheint.

Das war gekonnt, das machte ihm so leicht keiner nach. „Herrgott, Leute“, hat Hitler einmal über die Katholische Kirche gesagt, „das ist eine Institution, d. von müssen wir lernen. Da steckt Witz und Menschenkenntnis drin, die kennen ihre Leute.“ Und er kannte sie auch, er witterte instinktiv jene – in zwangsläufiger Pendelbewegung und Antithese zu der behäbigen Bürgermoral langer Vorkriegsjahre herangewachsene – Aufgeschlossenheit für das Düstere-Heroische, die sich nur in scheinbarem Widerspruch befand zu einem in gesteigertem Herdentrieb Ausdruck findenden Sekuritätsbedürfnis, – welche beiden Pole Hitler in einem raffinierten schaurig-erhabenen Kult des Gigantischen zu überbrücken verstand. Noch mußten freilich eine flinke Organisation und eine geschickte Photographie manche Blöße der Unvollkommenheit bedecken, und es war noch ein weiter Weg bis zu jenen Weihestunden, in denen ein einsamer Hitler, nur von Scheinwerferbündeln und zwei in respektvoller Entfernung folgenden Großen geleitet, unter seinem „Lichtdom“ auf breitem Betonband durch die nächtlich-dunklen Blöcke einer nach Zigtausenden zählenden Menschenmasse schritt. – das aber war dann nur noch eine Frage der Mittel, der technisch perfektionierten Regie, der Macht. Jener Macht, um die als Zentrum die gesamte Hitlersche Scheinideologie kreiste und zu der er ein beinahe mystisches Verhältnis gewonnen hatte, was in dem häufigen Gebrauch solch eigenartiger Begriffe wie „an die Macht gelangen“, „die Macht übernehmen“ seinen Ausdruck fand. Den Weg zu dieser so heiß begehrten Macht jedoch ebneten dem weithin unbekanntem Sektierer, der sich bislang nur wenig vom 1000-Mark-Schein-Winter oder vom Weißkäsepropheten Weißenberg unterschied, zwei Ereignisse: der Young-Plan und die Weltwirtschaftskrise.

Am 7. Juni 1929 hatte der „Sachverständigenausschuß“ unter dem amerikanischen Bankier Young seinen Plan zur endgültigen Festlegung der deutschen Reparationsleistungen vorgelegt, der zwar in einer gleitenden Skala weitere 59 Jahreszahlungen festsetzte, die jedoch um durchschnittlich eine halbe Milliarde Mark unter den bisherigen An-

nuitäten lagen. Ferner sollten die ausländischen Kontrollen der deutschen Wirtschaft – zum Beispiel der Reichsbahn – aufgehoben werden, und schließlich gelang es zwei Monate später in Den Haag dem todkranken Stresemann, von Briand die vorzeitige Räumung des Rheinlandes bis Ende Juni 1930 konzidiert zu erhalten. Dies alles war zwar keine völlig den deutschen Wünschen entsprechende Lösung, aber doch immerhin ein schöner Schritt vorwärts, wobei man noch nicht einmal voraussehen brauchte, daß das ganze Reparationsproblem zwei Jahre später (von Hitler) sowieso gänzlich liquidiert werden würde.

Für die Rechtsparteien jedoch bedeutete der Kampf gegen die „Young-Sklaverei“ einen willkommenen Hebel gegen das verhaßte „System“, Haupttrüfer im Streit, der sich über ein gerade noch mit 0,02 Prozent erfolgreiches Volksbegehren und einem mit nur sechs statt der nötigen 21 Millionen Stimmen gescheiterten Volksentscheid bis zur Verabschiedung des Young-Gesetzes im März 1930 hinzog, war der deutschnationale Parteiboss Alfred Hugenberg. – Herr über ein dichtes Geflecht von Zeitungen und Nachrichtenagenturen sowie über den Ufa-Filmkonzern. Hier schlossen nun die konservativen Magnaten, denen alles zur Verfügung stand bis auf das erforderliche Stimmvieh, zum ersten Male einen Pakt mit dem „Trommler“ Hitler, und es begann somit die Geschichte eines fatalen Irrtums, über den jene Herren trotz mancher zwischenzeitlichen Ernüchterung endgültig erst im Verlauf des Jahres 1933 aufgeklärt werden sollten.

Hitler aber machte diese Allianz des Jahres 1929 hoffähig und bekannt. Die Fernschreiber, Rotationen und Zelluloidstreifen des Hugenbergschen Propaganda-Trusts hämmerten sein Gesicht und seine Paraphrasen zum unerschöpflichen Young-Thema in Millionen Hirne, die bisher nichts gehört hatten von diesem Mann, der hier Arm in Arm mit dem renommierten Statthalter des Kapitals in der politischen Arena erschien. So war es kein Wunder, daß schließlich allein Hugenberg der Verlierer der Schlacht gegen den Young-Plan war, während Hitlers Aktien von nun an beispiellose Kursgewinne notierten. In den folgenden Landtagswahlen sprengten die Nationalsozialisten ihre bisherige Bedeutungslosigkeit, und am 23. Januar 1930 zog in Thüringen Wilhelm Frick als erster Nationalsozialist in ein Ministerium ein.

Aber das waren noch Vorgeplänkel von lediglich lokaler Bedeutung; erstmalig an den schwachen Fundamenten der Republik selbst rüttelte die Hand Hitlers in der Nacht zum 15. September jenes Jahres. Am Tage zuvor hatte das deutsche Volk die Reichstags-Stimmzettel in die Urnen geworfen, sieben Prozent Wahlberechtigte mehr hatten sich beteiligt als bei der letzten Wahl. Gegen drei Uhr morgens erfuhr die Welt von einem politischen Erdbeben, dessen Ausmaße selbst Hitler vorher nicht für möglich gehalten hatte: statt des bisherigen verlorenen Häufleins von ganzen 12 Abgeordneten wird er in den neuen Reichstag eine Sturmabteilung von 107 Mann abkommandieren können, – Abgeordnete eines Parlaments mit nur dem einen Auftrag, eben dieses Parlament funktionsunfähig zu machen. In jener Nacht aber atmete Hitler tief auf: nun war es geschafft, nun würde den anderen wohl das Lachen vergangen sein! Jetzt konnte er sein Spiel beginnen, das ihm dadurch erleichtert werden wird, daß im Reichstag die für das Bestehen des Staates lebenswichtige, beide Flügelgruppen abtrennende Grenzlinie zwischen demokratischen und antidemokratischen Parteien unglücklicherweise immer wieder verwischt wurde durch den überkommenen, von leicht angestaubten Ressentiments auf der einen, einer schon mehr liturgisch gewordenen Tradition auf der anderen und Interessentenrücksichten auf beiden Seiten genährten Gegensatz zwischen „bürgerlich“ und „sozialistisch“.

Wichtigster Sattelhalter Hitlers bei diesem wie bei den folgenden Erfolgen war jedoch die Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland auf eine weitere Krisenerscheinung traf. Denn zweifellos war es eine nicht nur oberflächliche und zeitbedingte, sondern eine strukturelle Krise, in der sich die erste deutsche Demokratie eigentlich latent schon immer befunden hatte, die nach einigen Jahren scheinbarer Ruhe seit 1930 wieder zum offenen Ausbruch kam und zwei Jahre später den jungen Staat in die Agonie stürzte. Vielfältig waren die Hypothesen, mit denen die Republik von Weimar seit ihrer Geburt in den Augen mit zunehmender zeitlicher Entfernung und damit Vergeblichkeit immer breiter werdender Volksschichten belastet war. Alle die Kosten des vom v-

gangenen System verlorenen Krieges hatte der neue Staat einzutreiben, all seine Folgen seit der Demütigung der Niederlage auf sich zu nehmen. Und überdies war es für die Anhänger des Gestürzten, die sich nach kurzem Rückzug aus der Öffentlichkeit bald wieder ins Rampenlicht drängten, ein leichtes gewesen, die neue Staatsform selbst als eine Kriegsfolge, als einen — wie es triumphierend hieß: offenbar vergeblichen — Tribut an die Feindmächte zwecks Erlangung besserer Friedensbedingungen zu diskreditieren.

Es war wirklich nicht schwer, diese Weimarer Republik in Mißkredit zu bringen, diese Demokratie, in der die Demokraten schon 1920 in der Minderheit gewesen waren und die seitdem nur noch von der Duldung durch die Gemäßigteren ihrer Gegner und von den Gegensätzen unter den Extremisten lebte. Wenn man, wie früher vielfach üblich, Beamtschaft und Heer als die hauptsächlichlichen Säulen eines Staates bezeichnet, so kann man die Weimarer Demokratie getrost als freischwebende Konstruktion ansprechen. Daß sie die Verwaltungsbeamten, die Richter, die Lehrer und die Offiziere vom alten System übernommen hatte, war wohl zweckmäßig gewesen und zwecks Verhütung eines Chaos unvermeidlich. Daß jedoch in einem zwar honorigen, aber letzten Endes unheilvollen Sinn für die Kontinuität „wohlerworbener Rechte“ all diese potentiellen Feinde trotz vorübergehender gegenteiliger Überlegungen und trotz andersgearteter ausländischer Beispiele wiederum fest in ihren Ämtern und Funktionen verankert worden waren, das hatte das Trojanische Pferd gleich zu Beginn in das neue Haus gebracht. So war es zwar zu einer Demokratisierung der obersten Behördenspitzen und zu einer flüchtigen demokratischen Übertünchung der Amtsstuben gekommen, darunter aber wucherte das zähe Geflecht derjenigen, die dem neuen Staat im besten Falle aus vernunftmäßigen Überlegungen oder in formaler Loyalität dienten, mit dem Herzen jedoch der „guten, alten Zeit“ verhaftet blieben und daraus auch gar kein Hehl machten.

In dieses Staatswesen, das aus einer Minderheit staatstragender Bürger, einer ebensolchen, vielleicht stärkeren, zumindest aber unheimlich aktiveren Minorität entschlossener, mit allen Mitteln der Hetze und Versöhnung arbeitender Gegner und einer großen, zunächst mehr oder weniger desinteressierten, dabei aber meist skeptischen Masse bestand, fuhr die Weltwirtschaftskrise mit der vernichtenden Gewalt eines Orkans. Von dem Herzen der Weltwirtschaft, von den USA, war im Oktober 1929 die Flutwelle ausgegangen, — dort wie in anderen Ländern richtete sie kaum geringere Verheerungen an. Im Weimarer Deutschland jedoch radikalisierte sie die Massen eines Staates, der von der Mehrheit des Volkes nicht geliebt, sondern nur geduldet wurde. Für die auf der Lauer liegenden erklärten Feinde der Republik war es nicht schwierig, dem „System“ die Schuld an der doch weltweiten Katastrophe in die Schuhe zu schieben und die Arbeitslosenheere wie auch das existenzbedrohte und sich angstvoll windende Kleinbürger- und Bauerntum einzufangen.

Die Flut umspülte die durch kurzfristige Auslandsanleihen zu einer Scheinblüte gedopte und deshalb besonders anfällige deutsche Volkswirtschaft. Das ausländische Kapital floß ab, die Produktion sank, das Lohnniveau brach zusammen, Geschäfte mußten schließen und Fabriken stillgelegt werden, Banken fallierten, der Export schrumpfte auf ein Minimum. Wenn auch Ereignisse wie etwa im Sommer 1931 der Schalterschuß der Danat-Bank mit folgenden allgemeinen Bankfeiertagen und Börsenschluß zu gewaltigen Stürmen führten, so war doch das drängendste der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Probleme die lawinenartig anschwellende Arbeitslosigkeit. Allein die offizielle Vollarbeitslosenstatistik verzeichnete im Februar 1930 mehr als  $3\frac{1}{4}$  Millionen, ein Jahr später knapp 5 Millionen und ein weiteres Jahr darauf sogar über 6 Millionen Menschen, die auf der Straße lagen und zusammen mit ihren Familien ein Heer von Deklassierten bildeten, das keinen Vernunftargumenten mehr zugänglich war, — eine Armee des Elends, die gebieterisch Rettung forderte.

Aus allen sozialen Schichten rekrutierte sich diese schier endlose Kolonne der Hoffnungslosigkeit, denn überall mähte die Krise die Existenzen. Erschwerend kam hinzu, daß vor allem die Jugend radikalisiert wurde, da sie in diese Misere gleichsam hineinwuchs und kaum eine andere Möglichkeit mehr vor sich sah als die des dauernd Arbeitslosen. Für alle jedoch hält Hitler einen geeigneten Schuldigen an der augen-

blicklichen Lage bereit und einen Weg aus jenem Elend, das er selbst so fleißig nährt durch die Auswirkungen seines Bramarbasierens und seiner Wahlerfolge auf die ausländischen Investitionen wie durch seine bewußte „Katastrophenpolitik“, die unverhüllt alles fördert, was den Staat und die Wirtschaft zu beeinträchtigen geeignet ist. Er fischt in den Menschenreservoirs aller in ihrem Dasein bedrohten Schichten, er sammelt mit seinen variantenreichen Appellen an die Gefühle die Verzweifelten aller Klassen und gräbt so seiner Konkurrenz vom linken Flügel das Wasser ab, die mit überwiegend rationeller Argumentation lediglich das „Proletariat“ umwirbt.

Zu Hitlers Taktik aber gehört es gerade, nach allen Richtungen zu lavieren, ohne sich irgendwo fest zu verpflichten. So hat er etwa inzwischen längst schon die deutsche Landwirtschaft in sein ursprünglich asphalt-gezeugtes und keineswegs vom erdigen Blubo-Geruch späterer Jahre durchzogenes Aktionsprogramm aufgenommen: eine Zusatzklärung zu Punkt 17 hatte im April 1928 die einst in den Bierkellern erwachsene Forderung nach „Bodenreform“ und „unentgeltlicher Enteignung“ auf die „jüdischen Grundspekulationsgesellschaften“ eingeschränkt. Nun verkündete Hitler am 6. März 1930 ein Agrarprogramm, das den Wünschen der Landwirtschaft voll und ganz entgegenkommt, obwohl diese mit ihren Zuschüssen und Schutzzöllen die geschrumpfte Kaufkraft wahrhaftig schon genügend belastet. Wahlerfolge gerade in den landwirtschaftlichen Gegenden werden die gemachten Versprechungen schon bald zufriedenstellend honorieren.

Bereits sein Bündnis mit Hugenberg hat dem Führer dieser „Arbeiterpartei“ aber auch Kanäle zu den politischen Fonds der Schwerindustrie gegraben. Kirdorf, Thyssen, Voegeler, Springorum, Deterding, Otto Wolff steuern nun ihre Scherflein in die NSDAP-Parteikasse; der Frontwechsel des einstigen Young-Plan-Unterzeichners, nach dem Tumult von rechts aber schleunigst von seinem Posten als Reichsbankpräsident zurückgetretenen Dr. Schacht, schafft Hitler außerdem Kontakte zu den Großbanken. Dies alles darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß gewichtige Kreise der Wirtschaft dem Rechtsradikalismus bis 1933 ablehnend gegenüberstanden; und auch die von den Düpierten beigesteuerte Gesamtsumme wird kaum viel mehr als 5 Millionen Mark betragen haben. Mußte ein solcher warmer Regen Hitler gewiß recht willkommen sein, so langte er jedoch nicht annähernd aus, um das Idol der Hoffnungslosen an die berühmte goldene Kette zu legen, ihn an den Fäden der Schwerindustrie oder des Finanzkapitals tanzen zu lassen. Die Wahlzettel des Kleinbürgertums waren Hitler weitaus wichtiger als die Schecks der Wirtschaftsführer, die dann später beiläufig mit Rüstungsaufträgen und dem Sozialfrieden der „Arbeitsfront“ eingelöst wurden.

Einige Folgen zog das Techtelmechtel mit dem Gold aus Schwarz-Rot-Gold allerdings nach sich. Seine Reichstagsfraktion ließ Hitler ohne jede Rücksicht auf ihr Prestige den eigenen Gesetzentwurf gegen „Bank- und Börsenmagnaten“ zurückziehen und niederstimmen, und auch den sozialistischen Parteiideologen Gottfried Feder opferte er auf dem Altar der neuen Freundschaft: der in der Anfangszeit so einflußreiche Theoretiker fristete von Stund an bis zu seinem Tode nur noch ein Schattendasein in den Randbezirken der Macht. Schon vorher, im Mai 1930, hatte Hitler ebenfalls mit Otto Strasser gebrochen, als dieser sich weigerte, mit seinen Zeitungen die Hitler von den Geldgebern „nahegelegte“ Abwürgung eines Streiks in Sachsen zu unterstützen. In einem zweitägigen Ringen mit Strasser zog Hitler — erstmalig vielleicht sogar vor sich selbst — die Konsequenzen und distanzierte seine rassistisch verbrämte Machtpolitik von dem, was er als „doktrinäre Narreteien politischer Wandervögel“ bezeichnete: „Halten Sie mich für so verrückt, daß ich die deutsche Großindustrie zerstören will? Die Unternehmer haben sich auf Grund ihrer Tüchtigkeit an die Spitze gearbeitet. Und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie ein Recht zu führen.“

Mit Otto Strasser „verließen die Sozialisten die Partei“, — so wenigstens proklamierte dieser. Es zeigte sich jedoch, daß offenbar so gut wie keine darin waren, denn der Effekt war gleich Null. Angesichts ihrer Existenznot interessierten die Massen solche Querelen nicht im geringsten; was sie benötigten, dringend benötigten, war die Rettung aus ihrer Angst. Die aber erwarteten sie von Hitler, von dem Manne Hitler, nicht

von seiner Partei und auch nicht von seinen Prinzipien. Schon jetzt waren Worte nur noch Bla-Bla, die Ratio hatte vor dem, was aus tieferen Schichten hervorgebrochen war, kapituliert, und nur Hitler vermochte dieses Bedürfnis nach irrationalen Trost zu stillen, — Faszination und Hoffnung waren alles.

Deshalb änderte sich auch nichts, als im Frühjahr 1931 die Berliner SA-Führung unter Hauptmann a. D. Stennes vergeblich im Sinne Otto Strassers gegen den Münchener Kurs putschte. Damals hatte Hitler gerade ein halbes Jahr zuvor den Obersten SA-Führer Pfeffer ausgeschaltet, sich selbst zum „OSAF“ gemacht und als seinen „Stabschef“ zum Jahresbeginn Röhm aus Bolivien zurückberufen. Damit war eine gewaltige Umorganisation angelaufen, die den Umfang der braunen Parteiarmee auf mehrere Hunderttausend anschwellen ließ, in ihrer Führung jedoch die Gruppe der „Offiziere“ ausschaltete zugunsten eines wilden Haufens verwegener Schläger und professioneller Landsknechte, untereinander durch die Liebe und der politischen Organisation der Partei gegenüber durch die der SA von Anfang an inhärente Verachtung der „Bonzen“ verbunden, — mit dem trotzigem Selbstgefühl einer im Kampf auf sich gestellten Flibustier-Besatzung herabblickend auf die von Hitler auf Gedeih und Verderb abhängige, jederzeit auswechselbare Parteibürokratie.

Hitler wußte wohl und sehr genau, was das für Leute waren, die Röhm wie ein Magnet anzog, auch wenn ihm dieses Treiben gewiß als kompromittierend zuwider war und obwohl er sich dann 1934 so frisch entrüstet zeigte. Er hatte aber seit einiger Zeit ein Eisen im Feuer, das für die künftige Bedeutung seiner Revolutionsgarde als Faktor und Teilhaber der Macht sowieso nicht viel Gutes verhieß. Im Jahre 1929 nämlich hatte er begonnen, 1923 auf bayerischem Provinzparkett zerrissene Fäden nun im Reichsmaßstab neu zu knüpfen: mit dem für ihn charakteristischen Gemisch von Zuckerbrot und Peitsche umwarb er wieder Offizierskorps und Generalität der Reichswehr, die der Republik bestenfalls in formaler Loyalität, meist aber mit kaum verhohlener Verachtung dienten. Im Ulmer-Reichswehr-Prozeß vor dem Reichsgericht versicherte der Zeuge Hitler am 25. September 1930, daß er jede Zersetzung der Reichswehr ablehne, vielmehr bot er ihr einen bevorzugten Platz in seinem künftigen NS-Staat an. Hier in Leipzig bestätigte er auch feierlich sein Kampfprinzip, über das er sich zwar bereits in Landsberg klargeworden war, an das Feinde wie Anhänger nicht so recht glauben zu lassen jedoch zu seinen Kampfmitteln gehörte: die Legalität.

Das aber war tatsächlich der Trick, der Hitler den Weg in die Wilhelmstraße ebnete. Gegen einen offenen Revoluzzer hätte sich die Reichswehrführung vielleicht doch zu einer Aktion aufgeschwungen, hätte sich die seit dem Sommer 1930 nur noch mittels präsidialer Notverordnungen regierte und dadurch kaum selbstbewußter gewordene Republik von Weimar vielleicht doch zu einem Verbot durchgerungen, vor dem Hitler sich fürchtete wie der Teufel vor dem Weihwasser. So jedoch spottete man über den „schönen Adolf Légalité“, den man als „Popanz für die Masse“ auszustopfen gedachte, und hielt dafür, die Kalamitäten der Republik nicht durch eigene Entschlüsse noch zu vermehren und einen Mann nicht zum äußersten zu treiben, der versprochen hatte, sein Ziel mit den verfassungsmäßigen Mitteln zu erreichen, die Verfassung mit der Verfassung zu überwinden, die Demokratie auf demokratische Weise zu vernichten. Was machte es schon, daß Hitler es als ein Ziel jenseits der nur für den Weg bindenden Verfassung bezeichnet hatte, den Staat „in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht“, — obwohl aus „Mein Kampf“ unschwer entnommen werden konnte, welcher Art diese waren. Angesichts solcher Überlegungen vermochten die braunen Catilinarier im großen und ganzen — von vorübergehenden Nadelstichen wie Uniform-, Rede- und Demonstrationsverboten abgesehen — unbehelligt aus den Gossen emporzusteigen und zu ihrer organisierten Verschwörung gegen den Staat zusammenzutreten.

Mächtigste Persönlichkeit im Reichswehrministerium war damals der General von Schleicher, ein Mann, der gern Fäden zog und gern an Fäden zog, der jedoch sozialen Gedanken bis zu einem gewissen Grade aufgeschlossen und überdies nach dem Abschied des Reorganisators Seeckt gerade bemüht war, dessen Axiom von der apolitischen Reichs-

wehr zugunsten aktiver Einmischung in die Politik beiseite zu schieben. Hierbei erschien ihm nun der Trommler Hitler recht geeignet als Zurechtbeger der erforderlichen Massen, wobei dieser gewiß kluge Vertreter eines nur selten von außergewöhnlicher politischer Weitsicht angekränkelten Berufsstandes zu seiner Entschuldigung hätte anführen können, nicht der einzige in solchem Irrtum gewesen zu sein. Alle diese Dilettanten aus Heer und Wirtschaft konnten nur Statistenrollen spielen, wo ein Mann von der Willenskraft, der Bedenkenlosigkeit und dem taktisch-politischen Geschick eines Hitler auf der Bildfläche erschien.

Schleicher war es auch, der den senilen Hindenburg bewog, sich doch den „böhmischen Gefreiten“ einmal aus der Nähe anzusehen. Diese bemerkenswerte Begegnung fand am 10. Oktober 1931 statt, — einen Tag bevor die Führer aller Rechtsverbände und -parteien in Bad Harzburg eine gemeinsame „Front“ zu gründen suchten, an der ein mißgestimmter Hitler jedoch nur widerwillig und mit dem festen Vorsatz, diese Reaktionäre lediglich als Sprungbrett auf dem Wege zur Macht zu benutzen, teilnahm. Schuld an Hitlers Unbehagen trug damals gewiß auch der nicht überaus erfolgreiche Ausgang seiner Unterredung mit dem „Marschall-Präsidenten“, der von seinem Leibjournalisten Goebbels kein halbes Jahr zuvor öffentlich als Trottel beschimpft worden war. Hier hatte Hitler einen seiner endlosen Monologe vom Stapel gelassen, damit aber weniger beeindruckt als vielmehr gelangweilt, da sein Gesprächspartner — nicht nur Soldat, sondern alt gewordener Soldat, der er war — knappe, präzise Antworten solchen weitschweifigen, längere Aufmerksamkeit fordernden Exkursen vorzog. „Höchstens Postminister“ könne der Mann einmal werden, hatte der „alte Herr“ anschließend resümiert, — keine 500 Tage vor dem 30. Januar. So zunächst im Ergebnis zwar ein Fehlschlag, war diese Audienz doch allein durch ihre bloße Tatsache ein Erfolg für Hitler, hatte man doch erstmalig auf höchster Ebene mit ihm zu verhandeln für notwendig erachten müssen.

Dieser alte Mann aber war nicht nur Präsident einer Republik, die für ihre Spitzenstellung offenbar keinen besseren Republikaner hatte finden können als den aus seinem handfesten Monarchismus nie ein Hehl machenden Feldmarschall Wilhelms II., — dieser alte Mann, der nach seiner nun zwanzig Jahre zuvor erfolgten Pensionierung wenigstens nominell die Schlacht bei Tannenberg und einige weitere gewonnen hatte, war eine nationale Institution, war der geometrische Ort all des meist zwar verkitschten, deshalb aber noch nicht ungefährlicheren bürgerlichen Patriotismus. Daher konnte es keine reine Freude sein, als dann im folgenden Jahr 1932 der Gefreite aus Braunau gegen diesen nationalen Mythos in den Ring steigen mußte. Es war dies das letzte Jahr der Republik von Weimar, das Jahr von fünf Wahlen und zwei Intriganten, ein Jahr, in dem Hitler eigentlich nichts weiter zu tun brauchte, als die Nerven zu behalten, um schließlich die Sense zum Ernteschnitt ansetzen zu können.

Zunächst also war die Neuwahl des Reichspräsidenten fällig, nachdem die Rechtsparteien eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit abgelehnt hatten. Am 22. Februar ließ Hitler — wiederum nach wochenlangem Zögern — Goebbels im vor Begeisterung rasenden Sportpalast seine Kandidatur verkünden. Das kleine Hindernis seiner Staatenlosigkeit (Hitler war 1925 auf eigenen Antrag aus der österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen worden) ließ sich schnell überwinden. 1930 noch hatten die thüringischen Koalitionspartner Frick das Handwerk gelegt, als er im Juli seinen Führer für den gleichen Zweck zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen hatte ernennen wollen, jetzt aber ging die Sache in Braunschweig glatt über die Bühne, wo die Nationalsozialisten einen der beiden Minister stellten. Beinahe wäre die dortige TH mit einem Professor Hitler beehrt worden (seine Antrittsvorlesung über politische Pädagogik war schon ins Auge gefaßt), dann aber entschloß man sich, den Ex-Österreicher lieber zum Regierungsrat bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zu ernennen. Am 26. Februar wurde der neue Beamte vereidigt. Wie es heißt (die Akten allerdings verzeichnen das aus begreiflichen Gründen nicht), ließ er zu dieser feierlichen Handlung seinen Vorgesetzten im Hotel Kaiserhof antreten. Sein Dienstgebäude wird der Regierungsrat Hitler zwar während seiner — formal ein Jahr dauernden — „Amtszeit“ kaum betreten haben, jedoch soll es ihm immerhin gelungen sein, die ihm obliegende

„wirtschaftlichen Interessen“ seines Landes durch einen LKW-Auftrag für die Autofirma Büssing tatkräftig zu fördern.

Im ersten Wahlgang brachte Hitler es trotz eines Wahlkampfes voll hemmungslosester Agitation und trotz hochgespannter Erwartungen nur auf 11<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Millionen Stimmen, 30 Prozent der abgegebenen, weshalb er niedergeschlagen von einem „Kunersdorf der Bewegung“ sprach. Da dem Sieger Hindenburg aber 0,4 Prozent an der erforderlichen absoluten Mehrheit fehlten, war ein zweiter Wahlgang erforderlich, der Hitler — sein deutschnationaler Rivale Duesterberg war aus dem Rennen genommen worden — weitere 2 Millionen Wählerstimmen einbrachte. In diesem Wahlgang hatte Hitler alle Register gezogen und erstmalig von einem amerikanisch anmutenden Mittel Gebrauch gemacht, das er auch in den drei weiteren Wahlen jenes Jahres mit erheblichem psychologischen Erfolg einsetzte: er charterte ein Flugzeug und raste über Deutschland, sprach an einem Abend in drei oder vier weit auseinanderliegenden Städten je eine Viertelstunde und enthusiastisierte bei der An- und Abfahrt auch gleich noch die neugierigen Menschenmengen rund um die Flugplätze. Auf dem von seiner Presse gehörig breitgewalzten „1. Deutschlandflug“ besuchte er einundzwanzig Städte in sieben Tagen, auf dem 2. fünfundzwanzig Städte in acht Tagen, auf dem 3. fünfzig Städte in sechsundzwanzig und auf dem 4. ebenfalls fünfzig Städte in vierundzwanzig Tagen.

Mit solcher Hilfe hatten die Landtagswahlen vom 24. April die Nationalsozialisten in Preußen und einigen anderen Ländern zur stärksten Fraktion gemacht, in Oldenburg gar erhielten sie einen Monat darauf erstmalig die absolute Mehrheit. In diesem Mai 1932 aber stürzte Schleicher im Namen der Reichswehr den Zentrumskanzler Brüning, der seit Jahren lediglich mit Hilfe der Notverordnungen eines Reichspräsidenten regiert hatte, welcher ihm jetzt die Wiederwahl mit den Stimmen der verachteten demokratischen Parteien nicht zu verzeihen gewillt war. Als Unterstützung für das neue Präsidialkabinett des „Herrenreiters“ von Papen, den er irrtümlich für dumm genug hielt, um brauchbar zu sein, versicherte sich Schleicher Hitlers und seiner Partei: für die Duldung des neuen Kanzlers bot er die Aufhebung des von Brüning im April verhängten, Hitler recht unangenehmen Verbots von SA und SS sowie neue Reichstagswahlen. „Wählen, wählen!“ schrieb Goebbels am 30. Mai begeistert in sein Tagebuch. „Heran ans Volk! Wir sind alle sehr glücklich.“

Als die SA nun wieder die Straße betritt, beginnen Monate wildester, blutiger Kämpfe; kaum eine Nacht vergeht, ohne daß irgendwo Schießereien stattfinden. Am 31. Juli — elf Tage zuvor hat Papen seinen preußischen Staatsstreich über die Bühne gehen lassen und die demokratische Preußenregierung so gut wie widerstandslos überfahren — wird der neue Reichstag gewählt: 230 seiner 608 Mitglieder werden das Braunhemd tragen; 37,4 % aller Wähler, das sind 13,8 Millionen, haben Hitler ihre Stimme gegeben auf das bloße Versprechen hin, alles müsse und werde anders werden. Das neue Parlament ist völlig manövrierunfähig, Nationalsozialisten und Kommunisten verfügen zusammen über die absolute Mehrheit. Aber Hitler ist deshalb noch längst nicht am Ziel: parlamentarisch regieren könnte er allein zusammen mit dem Zentrum, seine Forderung nach einer Präsidial-Kanzlerschaft aber lehnen Papen, Schleicher und Hindenburg in der ersten Augusthälfte ab.

Hitler begeht hier den Fehler, coram publico nach der „Macht“ zu greifen, und muß sich ebenfalls coram publico — dafür sorgt Papen — am schwarzen 13. August von dem greisen kaiserlichen Reichsverweser wie ein Schuljunge abkanzeln lassen. Derartig beschämend „eingeseift“, sieht sich Hitler also gezwungen, erneut zu kämpfen; seine Reserven jedoch sind nahezu erschöpft. Finanziell ist aufgebraucht, was ihm sein demagogisch vollendeter Auftritt vor dem Düsseldorfer Industrieclub zu Kaisers Geburtstag eingebracht hatte; gefährlicher aber noch ist die Unzufriedenheit in den Reihen seiner ungeduldrigen Kohorten: hungrig und beutegierig sind sie, mit Hinweis auf die in Griffweite lockenden Futterkrippen hatte ihr Herr und Meister sie losgekettet, — und nun sollen sie kurz vor Erreichen des Zieles wieder anhalten, weiterhungern wegen irgendwelcher unverständlichen Überlegungen und Hirngespinnste? Warum jetzt nicht endlich Schluß mit diesem dummen Legalitäts-

getue, 40 Prozent des Volkes stehen hinter uns, warum nicht mit einem letzten Stoß die morsche, todgeweihte Republik völlig zertrümmern?

Es zählt zu Hitlers größten Leistungen, hier die Nerven behalten zu haben. Er weiß, daß es noch genügend starke Kräfte gibt, die alles andere als erpicht sind auf seine Herrschaft und denen äußerst gedient wäre mit einem hinreichenden Rechtfertigungsgrund, seine Bewegung mit Gewalt niederzuschlagen und den Ausweg über Militärdiktatur und Restauration zu suchen. So bleibt Hitler hart, auch als Papen der porös gewordenen Bewegung einen weiteren Wahlkampf aufzwingt (der letzte Reichstag unter der neuartigen Präsidentschaft Görings hatte es nur zu einer einzigen, turbulenten Sitzung gebracht). Und Papens Zermürbungstaktik scheint von Erfolg gekrönt zu sein: am 6. November verliert Hitler 2 Millionen Stimmen und 34 Mandate. Papen triumphiert, der Bann ist gebrochen, die Enttäuschten sind erneut enttäuscht, die Bewegung zeigt sich gelähmt unter dem Eindruck dieser Schlappe. Eine Ressentiment-Partei aber wie die Hitlers ist auf Erfolg, auf immer neuen Erfolg angewiesen, ein solcher Rückschlag vermag unübersehbare Kettenreaktionen auszulösen.

Es spricht also viel dafür, daß die Republik nur noch etwas länger hätte aushalten müssen, um Hitler auszumanövrieren. Wer allerdings hätte da „aushalten“ sollen? Die Beamtenschaft, die ihren Staat günstigstenfalls tolerierte? Die bewaffnete Macht, deren „unpolitische“, jedenfalls aber antidemokratische Haltung bereits so nationalistisch unterwandert war, daß die unentschlossenen Konservativen schnell wieder ihre zur Verhütung der Hitlerschen Machtergreifung vorübergehend aufgetauchten Staatsstreichpläne begraben mußten? Die sozialistische Arbeiterschaft, die untereinander tödlich verfeindet und überdies ebenfalls schon so nationalsozialistisch durchsetzt war, daß die trotz der Arbeitslosigkeit immer noch gefährliche Waffe des Generalstreiks nicht einmal ernsthaft zur Diskussion gestellt werden konnte? Oder vielleicht gar der Greis am Schalthobel, dessen Aristokraten-Ressentiment gegen das aufkommende Plebejertum zuletzt allein noch die Republik am Leben erhielt?

Es rettete schließlich den Mann aus Braunau ein Faktum, das außerhalb seines Einflusses lag: interessanteste Gewinner am 6. November nämlich waren die Kommunisten gewesen, die 11 Mandate erobert hatten. Noch waren es bloß 100 insgesamt, — 96 weniger, als ihre braunen Konkurrenten hatten, genügend aber immerhin, um an verschiedenen Masten die Notsignale hochgehen zu lassen. Die Gefahr, die hier aufzuziehen schien, war entsetzlich; dann akzeptierte man schon lieber diese zwar gräßlich lauten, ungehobelten und schockierenden, aber doch wenigstens verhandlungsbereiten und gewiß letzten Endes lenkbaren Nazis. So stürzte der Herr von Schleicher den wenige Monate zuvor als willfähiges Werkzeug auf den Schild gehobenen, nach seinem Teilerfolg jedoch intransigent gewordenen Herrn von Papen (das ging alles furchtbar einfach jetzt: man brauchte keine umständlichen parlamentarischen Mehrheiten mehr dazu, sondern lediglich die momentane Aufgeschlossenheit des nach seiner „Demokratenwahl“ hilflos vergrämten Herrn von Hindenburg). Der bisherige Mann im Dunkeln, der Sprecher der Reichswehr, übernahm nun selbst die Regierung, für die er sich die Unterstützung einer breiten Front von den „vernünftigen Sozialdemokraten bis zu den „vernünftigen“ Nationalsozialisten versprach.

Allein, zu Schleichers Bestürzung war Vernunft weitaus rarer, als er erwartet hatte. Die Sozialdemokraten sagten „nein“, und Hitler sagte nach einigem Zögern ebenfalls „nein“. Allerdings gelang es dem Kanzler, die NSDAP in ihre schwerste Krise zu stürzen, indem er mit dem Angebot, sein Vize zu werden, für seine Pläne den braunen Kronprinzen Gregor Strasser zu gewinnen vermochte, der einen einigermaßen wahrhaftigen Sozialismus vertrat und nach dem Rückschlag einen Kompromiß für zwingend geboten erachtete. Als Hitler aber den Mann der „antikapitalistischen Sehnsucht“ desavouierte, warf der alte Kampfgefährte seine Ämter hin. Hitler trug sich mit Selbstmordabsichten, die Partei drohte auseinanderzubrechen und wäre wohl auch auseinandergebrochen, zumal sie gerade eben bei den Thüringer Gemeindevahlen eine weitere, schwere Niederlage hatte hinnehmen müssen, wenn Strasser nicht resigniert und die Bühne verlassen hätte, — Hitler somit Gelegenheit gebend, die Opposition wieder auf Vordermann zu bringen, die Gauleiter in einer herzbewegenden Rührszene, in der der „Führer“

virtuos auf die Tränendrüsen seiner rauhen Paladine drückte, neu zu vergattern und das ausbrechende Parteioß wieder fest an die Zügel zu stellen. Der bisher kaum bekannte, Hitler aber bedingungslos ergebene Privatsekretär Heß wird der Haupterbe der Strasserschen Machtposition, den Rest heimst der ebenso lediglich durch seine hemmungslose Bewunderung hervorragende alte Strasser-Renegat Ley ein.

Immerhin war dieses Ereignis zusammen mit der trostlosen Finanzmisere ein Signal für Hitler, den Bogen nicht zu überspannen. Eine solche Erkenntnis traf sich mit Papens Rachedurst in Richtung Schleicher. Im Hause des Kölner Bankiers von Schroeder schlossen die beiden am 4. Januar die vorerst geheimen Präliminarien ihres Ehevertrages und räumten vergangene „Mißverständnisse“ beiseite. Unmittelbare, willkommene Frucht dieser Entente war die Beseitigung der katastrophalen Geldkalamität: die verzweifelten Parteikassierer konnten aufatmen, denn ihr bislang über beide Ohren verschuldeter Führer verfügte plötzlich wieder über beträchtliche Mittel, die er allerdings sofort in ein etwas eigenartiges Unternehmen steckte. Die 100 000 wahlberechtigten Einwohner des östlich von Bielefeld gelegenen Freistaates Lippe nämlich hatten am 15. Januar 1933 einen neuen Landtag zu küren. Diesen kümmerlichen Detmolder Sperling nahm die Bewegung nun unter den konzentrischen Beschuß ihrer gesamten schweren Artillerie. Auf ganzen 1215 Quadratkilometern sprach Hitler, der dort gleich Wohnung genommen hatte, allein sechzehnmal. Auch Goebbels klapperte sechzehn Kaffs ab, und es gab wohl keinen Weiler, der damals nicht wenigstens ein Mitglied der brauen Prominenz erblickt hätte. Die gerührten Lippe-Detmolder konnten denn nicht umhin, solch schmeichelhafte Aufmerksamkeit mit 39 000 ihrer 100 000 Stimmen und 9 der 21 Mandate zu belohnen.

Hitler und seine Mannen schlachteten ihren „Wahlsieg“ weidlich aus. Der Lärm drang bis in die zahlreichen „Ohren“ des Feldmarschalls, der damals ärgerlich den von verschiedenen Seiten angedrohten Enthüllungen über den „Osthilfe“-Skandal entgegensah, in den zumindest seine ostpreußischen Agrarier-Freunde verwickelt waren. Am 22. Januar begann Hitler seine abschließenden Verhandlungen mit Papen und dem „in der Verfassung nicht vorgesehenen“ Sohn des Reichspräsidenten, die nach einer Woche zu schöner Harmonie gediehen. Neben der „Osthilfe“-Drohung war es wohl nicht zuletzt Hitlers damaliger heftiger Flirt und der Hohenzollernschen Restauration, der ihm das treu-monarchische alte Herz erschloß. Die Konservativen waren selig, glaubten sie doch nunmehr den „Popanz“ vor ihren Wagen gespannt zu haben: Und fürwahr: auf der neuen Kabinettsliste waren die Nationalsozialisten kaum zu entdecken, so wurden sie — nach Hugenbergs berühmt gewordenen Ausspruch — von zuverlässigen Deutschnationalen und Männern des persönlichen Vertrauens „eingerahmt“.

Gewiß, Hitler wurde Kanzler, das hatte sich nun einmal nicht mehr umgehen lassen. Aber sonst? Von seinem parteiinternen „Schattenkabinet“ fehlte so gut wie jede Spur. Da war noch Göring als überzähliger „Reichsminister ohne Geschäftsbereich“ (er hatte allerdings bald einen, und daß er daneben noch preußischer Innenminister wurde, fiel erst

später richtig auf), und da war schließlich noch Wilhelm Frick, ehemals Oberamtmann von Beruf und als unangenehmer Krakeeler aus dem Reichstag bekannt, aber immerhin doch ein Mann ohne Ballonmütze, mit dem gleichen vertrauenerweckenden Eckenkragen, wie seine neuen Kabinettskollegen ihn trugen. Diese aber besetzten massiert die übrigen Ministerien: selbst abgesehen von den beiden Partnern genehmen General von Blomberg, der auf seinem ostpreußischen Kommando zusammen mit seinem Stabschef von Reichenau mehrfach Sympathien für die Nationalsozialisten bekundet und dem man ziemlich überraschend das Reichswehrministerium anvertraut hatte, waren es immerhin neun Stimmen insgesamt, — alles integre, vertrauenswürdige Männer, viele noch aus Papens „Kabinetts der Reserveoffiziere“ stammend, nicht gerade Demokraten, aber doch Leute, die dem „Anstreicher aus Braunau“ schon Paroli bieten würden, sollte es ihm jemals einfallen, allzu üppig zu werden. Zwar hatte man ihm, der die Schlappe vom 6. November ausetzen wollte, neue Wahlen zugestanden, aber nur — so raffiniert war man! — gegen das feierliche Versprechen, daß an der Zusammensetzung des Kabinetts dadurch nichts geändert werden sollte.

Darüber war man am 30. Januar 1933, einem Montag, einig geworden, als sich das neue Kabinetts vor seiner Vereidigung durch den Präsidenten versammelte. Der alte Hugenberg hatte sich noch in letzter Minute mit seinem berühmten Dickschädel quergelegt, hatte den kommenden Ablauf der Ereignisse in einem lichten Moment vorausgeahnt. Aber siehe da, von seinen deutschnationalen „Rahmen“-Kollegen war er glatt im Stich gelassen worden und hatte sich schließlich dem Argument gebeugt, daß man wegen einer solchen Lappalie unmöglich den Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall länger dürfe warten lassen.

So war denn alles noch zum guten Ende gekommen, und Hitler konnte „die Macht übernehmen“. Als es Nacht wurde über Deutschland, wälzt sich von sieben Uhr bis ein Uhr früh durch das Brandenburger Tor, die Wilhelmstraße hinauf ein endloser, mit Fackeln gespickter Wurm: SA, SS, HJ, Zivilisten und immer wieder Spielmannszüge und Musikkapellen. An einem Fenster der Reichskanzlei (sein Palais wird gerade umgebaut, wozu eigentlich noch?) schlägt der schon recht tatterige Sieger von Tannenberg mit seinem Stock den Takt, ein paar Fenster weiter aber grüßt der Sieger von Berlin, der einstige Schlawiner aus dem Wiener Männerheim. „Das ist der Ausbruch der Nation“, notiert ein verzückter Goebbels spät nachts in sein Tagebuch, und Hitler schwört sich am Fenster der Reichskanzlei: „Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen!“ Seine nunmehrigen Kollegen und Freunde, die enervierten Enkel der preußischen Junker wie die müden Söhne der Industrie- und Finanzhaie der Gründerjahre, — alle diese vermeintlichen „Führer des Führers“ werden bald gewahr werden, daß hier nicht einfach auf den 20. Reichskanzler der 21. gefolgt ist.

#### Anmerkung:

Helmut Heiber, Dr. phil., 1924 in Leipzig geboren. Studierte Geschichte, Publizistik und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Seit 1954 Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München.

# POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM VERTRIEBSABTEILUNG DER WOCHENZEITUNG DAS PARLAMENT

---

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten.  
Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an  
die Vertriebsabteilung Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten  
an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

---

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST . BONN/RHEIN KÖNIGSTRASSE 85

---

---

# POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Ernst Deuerlein: „Deutschland in Vorstellung und Aussage des Marxismus-Leninismus“
- Alexander Hohenstein: „Wartheländisches Tagebuch“
- W. Jaide: „Die Einstellung heutiger Jugendlicher zur Politik“
- Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik der Sowjetwirtschaft“
- Wilhelm und Wolfgang Treue: „Entstehung und Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland“
- Walter Wehe: „Die wirtschaftspolitische Entwicklung Europas seit dem Marshallplan“
- Stefan Yowev: „Die ideologischen Gegensätze zwischen Chruschtschow und Mao Tse-tung“
- \* \* \* „Peking spielt mit hohem Einsatz (,Peking Bids High')“
- 
-